

Is würden entweder mehrere Lehrer oder mehr Stunden als zwei nöthig werden und dadurch verhältnißmäßig große Kosten entstehen; der Landesberg'sche Entwurf eines Unterrichtsgesetzes habe 36, der Weismann-Schwegel'sche 25 vorgeschlagen. Unter eine von diesen Zahlen werde man wohl nicht hinuntergehen können. Auch fordere es der paritätische Charakter unseres Staates, daß man den Juden gleichfalls ihr Recht zu Theil werden lasse, zwar nicht so, daß man sie dazu zwingt, ihre Kinder in der von der Schule eingerichteten Religionsunterrichtung zu schicken, — sehr viele Gemeinden hätten sich schon gegen eine solche Verpflichtung ausgesprochen — aber doch überall da, wo die Synagogengemeinden es forderten. Der Widerspruch begann bei der Zahl der Religionsstunden; in den unteren Klassen habe dieser Unterricht vorzugsweise den Zweck, auf den Confirmationsunterricht vorzubereiten, und dafür genüge es vollkommen, wenn man nur den Stoff richtig vertheile, in der Sexta und Quinta ebenso wie in den übrigen Klassen bloß 2 Stunden wöchentlich anzusehen. Auf der anderen Seite mache es der Charakter gerade dieses Gegenstandes wünschenswert, daß derselbe aus der mündlichen Abiturientenprüfung künstlich fortfalle; es werde dadurch den Primanern außerdem eine große Erleichterung und die Befreiung von vielem Memorirstoff zu Theil werden. Das Wegbleiben der schriftlichen Arbeiten wurde dringend empfohlen. Ganz besonders aber wurde es bebauert, daß die Unterrichtsverwaltung früher, wie aus den Bemerkungen des Ministerial-Secretärs hervorgehe, Berathigung mit den Kirchen auf diesem Gebiete gesucht habe; schon die Dehnbarkeit dieses Ausdrucks deute nicht auf Frieden, sondern auf Krieg. Die Verfassung wolle zwar (Art. 24), daß bei Einrichtung der öffentlichen Volksschulen die confessionellen Verhältnisse möglichst berücksichtigt werden sollen; da sie dies nur für die Volksschulen fordere und die anderen Arten öffentlicher Unterrichtsanstalten dabei nicht erwähne, so folge daraus offenbar, daß sie bei diesen eine solche Rücksichtnahme auf die confessionellen Verhältnisse für entbehrlich gehalten habe. Man solle doch also auch bei dem künftigen Unterrichtsgesetz denselben Standpunkt einnehmen, auch als katholische Religionslehrer nur Laien anstellen, die gerade so wie alle anderen Lehrer vorgebildet und geprüft würden und ganz, wie die übrigen, in die Lehrer-Collegien eintreten; die Seelsorge könne, wie bei den evangelischen Schülern, auf den Pfarrer des Ortes übergehen, und daß dies auch nach dem katholischen Begriffe vom Lehramte sehr wohl angehe, zeige der Umstand, daß es früher nicht selten so gehalten worden sei. Eben so müsse die Einführung der Lehrbücher ganz, wie bei jedem andern Lehrgegenstande, nur von den Staatsbehörden abhängen, und von diesen allein die Aufsicht geführt werden; wenn die Schule eine Veranstaltung des Staates sei, und wenn Art. 23 der Verfassung ausdrücklich sage, daß alle öffentlichen und Privat-Unterrichts- und Erziehungsanstalten unter der Aufsicht der vom Staate ernannten Behörden stehen, so sei in unseren Gymnasien und Realschulen kein Raum für General-Inspectionen und Bischöfe. Ganz eben so wenig sei die Scheidung der Lehrercolliegen in evangelische und katholische zu billigen. Möglicherweise gebe es einige Anstalten, bei denen sie durch Stiftungsurkunden dergleichen begründet lasse, und da möge es erhalten bleiben; aber die Verwaltung habe den umgekehrten Weg eingeschlagen, zuerst das Princip der confessionellen Sonderung aufgestellt und dann künstlich bald aus Herkommen, bald aus Verfassung und geschichtlicher Entwicklung, bald nach Dotationsmitteln und Dotationszuschüssen für jede Anstalt die bestimmte Confession festgesetzt. Diese ganz confessionelle Zuspaltung sei künstlich und von oben her gemacht, dadurch der Unfriede in der Schule, aus der Schule in die Familie, aus der Familie in den Staat hineingetragen; man habe Wind gefäht und Sturm gerastet. Auch hier verlange die Pietät, die in der Geschichte und den Gesetzen unseres Staates begründet sei, die Fortdämmung aller Schranken, und wenn der Ministerial-Secretär in dieser Beziehung an die Forderungen unserer Zeit und ihrer humanen Richtung einige Zugeständnisse mache und an dem Princip nicht durchaus und scharf festhalten wolle, so genüge das nicht. Die ethische Aufgabe der Schule solle eine christliche sein, und aus diesem Satz sei der Schluß gezogen, daß die Anstellung vieler Juden eine Sündung zum Schaden der Schüler herbeiführen werde. Die Anstellung einzelner jüdischer Lehrer dürfe also hiernach erfolgen und sei auch thatsächlich erfolgt; aber wo liege nun die Grenze? Wenn man die Zulassung einzelner nicht für eine Verhinderung der Einwirkung unter den Lehrern und nicht für eine Beeinträchtigung der ethischen Aufgabe der Schulen halte, so könne man ohne Besorgnis auf diesem Wege weiter gehen und das für Preußen verfassungsmäßige Recht und das ganz Deutschland verbindende Reichsgesetz ruhig walten lassen; es sei gewiß nicht anzunehmen, daß die Patronate nun plötzlich aus besonderer Vorliebe Juden wählen würden, man solle sie nur nicht in der Auswahl des tüchtigsten Bewerbers durch confessionelle Beschränkungen behindern. Dagegen sei ja auch die staatliche Aufsichtsbehörde da, welche durch ihr Bestätigungsrecht das Mittel biete, um Mißgriffe auch in dieser Beziehung zu verhindern. Die erziehende Mittheilung der Schule ruhe vorzugsweise auf dem Einflusse sittlich reiner und charaktervoller Persönlichkeiten, die nicht im ausschließlichen Besitz einer bestimmten Confession seien; die Stimmung des Gottesbedürfnisses und des Gottvertrauens in der Jugend zu wecken und zu beleben, das sei nach dieser Richtung hin die Aufgabe der Schule, und diese Aufgabe könne von jedem sittlich durchgebildeten Manne, welcher Confession er auch angehöre, geleistet werden. An diese Gemeinsamkeit müsse man sich halten und nicht die Unterscheidungslehren betonen, die uns trennen, sondern dasjenige hervorheben, worin wir einig seien; für die religiösen Zustände in der Gemeinde und im Staat könne kein Gewinn daraus hervorgehen, wenn der heranwachsende Raube unausführlich darauf hingewiesen werde, daß dieser oder jener ein schlechterer Christ als er sei, weil derselbe einer anderen Confession angehöre.

Bei dieser Gelegenheit hob der Herr Minister hervor, daß seine Verwaltung nach den empfohlenen Grundrissen geführt werde; er sehe sich in jedem einzelnen Fall den gewählten oder vorgeschlagenen Mann an, und wenn er ihn für die bezeichnete Stelle als den geeigneten anerkennen müsse, so befähige er ihn ohne Rücksicht auf die Confession, welcher er angehöre; auf diese Weise sei auch der bekannte Breslauer Schulpfarrer von ihm beigelegt worden.

Von anderer Seite wurde den obigen Ausführungen gegenüber der confessionelle Standpunkt vertreten und den Bischöfen doch wenigstens ein Veto bei der Einführung der Lehrbücher vorbehalten; die Toleranz sei wohl anzuerkennen, aber um sie zu üben, solle man sich zuerst darum bemühen, einander recht kennen zu lernen, denn der Unfriede und Streit entstehe oft aus Unkenntnis über die Ansichten des Anderen; Die Einwirkung einer tüchtigen Persönlichkeit wolle man nicht leugnen, aber auch wünschen, daß jeder das, was er heiße, ganz und voll sei; selbstverständlich sei es übrigens doch, daß ein Jude, wenn er als Lehrer angestellt werde, sich durch Religionsvorurtheile und Festsetzungen nicht an der vollständigen Erfüllung aller seiner Amtspflichten hindern lassen dürfe. (Spen. 3)

D.R.C. [Zur Eröffnung des Landtages.] Wie wir hören, ist als Termin für Eröffnung des Landtages der 11. November numerisch definitiv in Aussicht genommen. Die endgültige Entscheidung hierüber wird zwar erst getroffen werden, wenn Fürst Bismarck aus Wien zurückgekehrt ist, man glaubt jedoch, daß derselbe in Betreff des Tages keine Abänderung mehr treffen werde. Uebrigens steht zu erwarten, daß die bevorstehende Session eine sehr arbeitsreiche werden und dieselbe nicht so schnell, wie man ursprünglich glaubte, beendet sein dürfte. Fast in sämtlichen Ressorts des preussischen Staatsministeriums ist man gegenwärtig mit Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen für die bevorstehende Landtagssession beschäftigt; ein Theil derselben ist bereits vollendet und wird in den Ende dieser Woche und Anfangs künftiger Woche stattfindenden Sitzungen des Staatsministeriums bereits einer Berathung unterzogen werden.

[Wahlbeeinflussung.] Die „Post. Zig.“ schreibt: „Obgleich die Officialen schon mehrmals versichert haben, daß diesmal die Freiheit der Wahl unbeschränkt bleiben soll, scheinen einzelne Landräthe den lebgeordneten Gemeindefunktionen nicht entgegen zu können. So hat der Landrath des Nieder-Barnimer Kreises, G.h. Regierungsrath Schattweber, an die Schulen seines Kreises folgende Einladung zu einer Wahlbesprechung gesandt:

Die bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus legen allen denjenigen Einflüssen unseres Kreises, die auch diesmal wieder zur Regierung Sr. Majestät unseres Kaisers und Königs Wilhelm zu stehen gesonnen sind, die Pflicht auf, mit bereinten Kräften für dieses Ziel zu wirken und sich über Mittel und Wege dazu und über die Person des aufzustellenden Candidaten zu verständigen. Auf den von mehreren Seiten mir ausgesprochenen Wunsch, hierzu wie in früheren Jahren Gelegenheit darzubieten, erlaube ich mir hierdurch die Gesinnungsgenossen zu einer Versammlung auf Montag, den 20. October, Vormittags 11 Uhr, im Provinzial-Stadthaus, Spandauerstraße 59, ganz ergebenst einzuladen mit dem Wunsche, daß die Versammlung eine recht zahlreich besuchte werden möge. Ich bitte die Einladung daher auch an Gw. Wohlgeborenen mit der angelegentlichsten Bitte, nicht ohne

bringende Ursache fortzubleiben und nach Ihrem Ermessen auch andere Gesinnungsgenossen, die aber nicht besonders eingeladen sein sollten, dazu mitzubringen. Berlin, am 13. October 1873.

Schattweber, Geh. Regierungsrath. Wenn der Landrath Schattweber wie jeder andere Wähler agierte, könnte Niemand etwas einwenden. Die Einladung in das Provinzial-Stadthaus verleiht seiner Agitation aber einen amtlichen Charakter und leistet der Annahme Vorschub, als ob der Minister des Innern Schattwebers Partei begünstige. Was übrigens das „auch diesmal wieder zur Regierung stehen“ anlangt, so stellt das Brichweigen des Umstandes, daß Herr S. auch gegen die Regierung gestanden, z. B. bei der Abstimmung über das Schulaufsichtsgesetz, denselben in ein eigentümliches Licht. — Ueber die Versammlung selbst ist noch nichts bekannt geworden.

Königsberg, 22. Oct. [Der Cultusminister] hat, wie die „Närrische Zeitung“ vernimmt, in der Angelegenheit der Beerdigung des an der Cholera verstorbenen altkatholischen Tischlers Müller die Behörden angewiesen, amtlich festzustellen, ob die Leiche desselben in ungeweihter Erde begraben ist und event. eine nachträgliche Bekehrung des Grabes zu veranlassen, da die Gruhbahnung der Leiche nach dem Gegebenen der Sanitäts-Commission als gesundheitsgefährlich erscheint.

Deutsch-Crone, 19. Octbr. [Bekanntmachung.] Die Regierung zu Marienwerder hat in Bezug auf die Sperre des kürzlich vom Herrn Erzbischof von Osnabrück-Posen hier als zweiten Vicar angestellten Priesters Hellweger folgende Bekanntmachung erlassen: „Nach dem § 15 des Gesetzes vom 11. Mai d. J. über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen (Gesetz-Sammlung Nr. 14, S. 191 ff.) sind die geistlichen Obern verpflichtet, denjenigen Candidaten, welchem ein geistliches Amt übertragen werden soll, dem Ober-Präsidenten der Provinz unter Bezeichnung des Amtes zu benennen, damit derselbe in den Stand gesetzt werde, erforderlichen Falles gegen die Anstellung innerhalb 30 Tagen Einspruch erheben zu können. Dasselbe gilt bei der Verziehung eines Geistlichen in ein anderes geistliches Amt oder bei Umwandlung einer widerrechtlichen Anstellung in eine dauernde. Erfolgt dieser Bestimmung entgegen die Uebertragung eines geistlichen Amtes, so gilt dieselbe nach § 17 des angeführten Gesetzes als nicht geschehen.

Gegen diese klaren Vorschriften des Gesetzes hat die erzbischöfliche Behörde zu Posen verstoßen, indem sie, ohne dem Herrn Ober-Präsidenten der Provinz davon Anzeige zu machen, den Priester Julius Hellweger als zweiten Commendarius bei der katholischen Pfarrkirche zu Deutsch-Crone angestellt hat. Die königliche Staatsregierung ist weit davon entfernt, die freie Ausübung der katholischen Religion zu beschränken; sie kann und darf es aber nicht dulden, daß die Gesetze des Staates übertreten werden. Es wird deshalb hiernit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Anstellung des Priesters Julius Hellweger von den Staatsbehörden als nicht geschehen betrachtet wird, daß in Folge dessen alle von ihm vorgenommenen oder noch etwa vorzunehmenden Amtshandlungen im Sinne des Gesetzes unwirksam sind, und daß er selbst sich durch Vornahme von Amtshandlungen der im § 23 des Gesetzes vom 11. Mai d. J. vorgegebenen Strafe aussetzt.

Insbondere werden sämtliche Mitglieder der katholischen Kirchen- und Pfarrgemeinde D.-Crone darauf hingewiesen, daß Eben, welche etwa von dem Priester Hellweger geschlossen worden sind oder noch geschlossen werden sollten, vor dem Gesetze ungiltig sind, daß also die aus einer solchen Ehe entsprossenen Kinder nicht als eheliche im Sinne des Gesetzes betrachtet werden können und demnach von der legitimen Erbfolge ausgeschlossen sind. Schließlich bemerken wir noch ausdrücklich, daß der geschildrig angestellte Geistliche zur Empfangnahme von Zahlungen und Gebühren für die Stelle nicht berechtigt ist, und daß daher Jeder, welcher an denselben Zahlungen oder andere Prästationen irgend welcher Art leistet, sich der Gefahr aussetzt, noch einmal zahlen zu müssen. Marienwerder, den 8. October 1873.

Königliche Regierung. Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen. v. Dieberichs. München, 19. October. [Als ein Muster ultramontaner Frechheit] sei die Art erwähnt, mit welcher das „Bair. Vaterland“ den Abdruck des Befehles des Papstes an den Kaiser (dessen Antwort das Blatt unterdrückt) einleitet: „Der heilige Vater hatte die Gnade, den König von Preußen folgender Zuschrift zu würdigen, welche Bismarck eben veröffentlicht hat“, und in einer Note fügt das Blatt, ungedeutet seiner eigenen oftmaligen (und zwar wirklichen) Invidiositäten, die naive Bemerkung bei: „Unter anständigen Menschen ist es Sitte, einen Brief nur mit Erlaubniß des Verfassers zu veröffentlichen: zweifelsohne hat Bismarck die Erlaubniß von Rom eingeholt.“

Wien, 22. October. [Der deutsche Kaiser.] Die auf gestern programmäßig festgesetzte Jagd im kaiserlichen Tiergarten war in der letzten Stunde dahin abgeändert worden, daß dieselbe in der Gegend zwischen Larnburg und Unterdorf stattfinden sollte. Beide Kaiser fuhren daher Vormittags im Jagdloft mit zahlreicher Begleitung dorthin. Der inzwischen eingetretene heftige Regen veranlaßte jedoch die Majestäten, auf die Jagd, zu welcher große Scharen von Wild ausgetrieben waren, zu verzichten und nach Schönbrunn zurückzukehren. Nachmittags besichtigte Kaiser Wilhelm vom General Graf Reipertz begleitet, das Arsenal, woselbst sich bereits der Großherzog von Baden und die Frau Großherzogin eingefunden hatten. Erzherzog Wilhelm, als General-Artillerie-Inspector, und General Subeter, als Director des Arsenal, empfingen und begrüßten den Kaiser. Nachdem die Allerhöchsten Herrschaften das Waffenmuseum eingehend besichtigt hatten, fuhr der deutsche Kaiser in das Künstlerhaus, um die Makart'schen Gemälde in Augenschein zu nehmen. Nach dem Galabier begab sich Kaiser Wilhelm mit dem Großherzog von Baden und der Frau Großherzogin in's Carltheater, woselbst sie der Vorstellung der „Prinzessin von Tropizium“ beiwohnten. — Fürst Bismarck empfing gestern den russischen Gesandten v. Nootkoff und später den Geheimen Commerzienrath von Reichsöder aus Berlin. Nachmittags besuchte der Reichskanzler die Weltausstellung und das Künstlerhaus. Der Herzog Franz von Eck und die Frau Herzogin Marie von Eck sind gestern Abend von England hier eingetroffen.

Wien, 22. October. [Eisenbahnen. — Donaueregulirung.] Die Verwaltung der Südbahn zeigt die Einlösung des Novembercoupons mit 7 1/2 Frcs. öffentlich an. — Das Plenum der Donau-Regulirungskommission beschloß hinsichtlich der von vereinigten Baugesellschaften wegen Störung d. s. Baugründengeschäfts gethane Schritte zunächst die Entlassung seiner Mandanten, nämlich: der Regierung, des Landesauschusses und des Gemeinderaths einzuholen. Ein merkwürdiger Beschluß steht demnach nicht unmittelbar bevor. — Nach der „Neuen freien Presse“ hat der Sequester der Lemburger-Gzeroniger Bahn die englischen Zehntelnen beauftragt, die Zinsen auf die Prioritäten nicht mehr in Pfd. Sterl., sondern in einem dem österreichischen Silbergulden entsprechenden Höhe zu bezahlen.

Wien, 22. October. [Der deutsche Kaiser] besuchte heute Vormittags in Begleitung des Großherzogs und der Großherzogin von Baden die Weltausstellung. Di. Erzherzoge Carl Ludwig und Rainer empfingen die hohen Gäste am Südpforte des Ausstellungsgebäudes. Dieselben begaben sich zunächst zur Rotunde und nahen dann mehrere Abtheilungen der italienischen und deutschen Aussteller in Augenschein. Im deutschen Fürstenthum wurde darauf das Dejeuner eingenommen und nachher die Besichtigung fortgesetzt.

II. Breslau, 23. Octbr. [Wahlverein der national-liberalen Partei.] Die gestern Abend im Casino-Saale (Neuegasse) abgehaltene General-Versammlung war von etwa 300 Personen besucht. Singler Gegenstand der Tagesordnung war: Mittheilung eines Schreibens des Vorstandes des Wahlvereins der Fortschrittspartei wegen gemeinsamer Thätigkeit der bevorstehenden Landtagswahlen und Beschlußfassung hierüber. Nachdem Herr Rechtsanwalt Leonhard, unter Hinweis auf die Gesetzesordnung die Versammlung um 8 1/2 Uhr eröffnet hatte, bemerkte er: 1) Sie wollen sich, m. G., um in der obigen Continuität zu bleiben, erinnern, daß unsere letzte General-Versammlung beschlossen hatte, in erster Reihe für die Wiederwahl der Herren Wächler und Jung einzutreten, in zweiter die Auffstellung des dritten Candidaten aber den Wahlmännern vorzubehalten und den Ausschuss zu beauftragen, inzwischen die nöthigen vorbereitenden Schritte zu thun. Es hat demgemäß Ihr neugewählter und neuconstituierter Ausschuss sofort die Vorbereitungen in die Hand genommen. — Zwischen ist ein Novum eingetreten, welches dem Vorstande es zur Pflicht macht, Sie noch einmal einzuberufen und Ihnen die durch dasselbe herabgesetzte Sachlage zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Es ist uns von dem Vorstande des Wahlvereins der Fortschrittspartei folgendes Schreiben zugegangen: „In der heutigen General-Versammlung der Breslauer Fortschrittspartei wurden mit ca. 300 gegen 15 Stimmen die Herren Wächler, Jung und Kirchmann als Candidaten aufgestellt. „Der Vorstand, mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt, hat seinerseits beschlossen, in Gemeinschaft mit der national-liberalen Partei, a. für die Wahl der oben genannten Herren zu wirken, b. in die gemeinschaftliche Wahlthätigkeit mittelst eines vereinigten ralen Comite's einzutreten in der Art, daß im Allgemeinen die Wahrung des Bestandes der Parteien bezüglich der aufzustellenden Wahlmänner vorgegangen würde. Der unterzeichnete Vorstand beehrt sich, Ihnen diese Beschlüsse mitzutheilen. Breslau, den 20. October 1873. Dr. Steuer. Sawitz. R. Sturm. Fringsheim. Bouné. Ulrich. Kopisch.“

„Uebrigens ist uns dieses Schreiben mit dem Antrage, dem darin enthaltenen Beschlüsse beizutreten. „H. G. Der Wahltermin ist außerordentlich nahe gerückt, die Sache war dringend und der Vorstand mußte sofort in die Berathung über die veränderte Sachlage eintreten. Dies ist geschehen, der uns gemachte Antrag ist bicurirt und erlogen worden und das Ergebnis ist der Beschluß, die Annahme der Proposition vorzuschlagen. „H. G. Die Motive, die den Ausschuss dazu bewegen, sind wesentlich diejenigen sachlichen Gründe, aus denen wir von vornherein ein Zusammengehen der beiden liberalen Fractionen bei den bevorstehenden Wahlen angezeigt und wünschenswert gehalten hatten. Ich will, um Wiederholungen zu vermeiden, mir nur erlauben, auf dasjenige hinzuweisen, was in unserer letzten Versammlung über die Zweckmäßigkeit und das Wünschenswerthe der Vereinigung gesagt worden ist, was namentlich von Herrn Wächler ausgeführt wurde. Diese Motive waren auch für den jetzigen Ausschuss maßgebend, denn mit der Annahme der uns gemachten Proposition kommt das praktische Resultat auf dasselbe hinaus, was wir von vornherein als wünschenswert erklärt. Was die Candidatur des Herrn v. Kirchmann anlangt, so wird nach dem, was über dieselbe bereits gesagt worden ist, ein Bedenken in keiner Weise vorhanden sein. „Der Vorschlag der Fortschrittspartei betont, daß der bisherige Vorstand der Parteien bezüglich der Wahlmänner gewählt werden soll. „H. G. damit ist gewissermaßen eine sichere Rücksicht für die Wahlthätigkeit der gemeinsamen Wahlcomite's und wenn ich mich so ausdrücken darf, die Sicherheit gegeben, daß dasselbe nun auch sachlich und ohne Ausschlag an die Thätigkeit gehen wird, ohne Rücksichtnahme auf Kleinlichkeiten, welche die Sache nur erschweren könnten. „Sämtliche Mitglieder des Ausschusses waren der Ueberszeugung, daß der bei Weitem größte Theil der Wählerchaft Breslaus diesmal einen Kampf der beiden liberalen Fractionen nicht wünscht, vielmehr großen Wert darauf legt, daß die Wahl endlich einmal in Frieden vollzogen werde (Einstimmigkeit), und daß wir bei unsern Beschlüssen hierauf Rücksicht zu nehmen haben, scheint mir ganz zweifellos zu sein. „Dies sind die Gründe, welche uns bei unsern Beschlüssen leiteten; Ihnen liegt nun die Entscheidung der Sache, um so mehr, als Ihr früherer Beschluß in seinem zweiten Theile dadurch alterirt wird. Bei der hierauf eröffneten Discussion ergreift zunächst das Wort: „H. G. Der Herr Director Wächler. Derselbe führt aus: „Sie werden, m. G., sich erinnern, daß ich in der letzten Generalversammlung bei der Besprechung der bevorstehenden Wahlen ausdrücklich die Nothwendigkeit begründet und die gewisse Hoffnung ausgesprochen habe, daß auch in Breslau die beiden liberalen Parteien sich zu gemeinsamer Wahlthätigkeit vereinigen mögen. Diese Hoffnung ist ihrer Erfüllung näher getreten und die heutige Tagesordnung bringt Ihnen die Entscheidung. Ich für meine Person bin im Anschluß an das, was ich früher gesagt, und im Anschluß an die Gründe, die auch bei den Beratungen des Wahlvereins der Fortschrittspartei hervorgerufen sind, nur dringend bitten, daß Sie sich dem Vorschlage des Ausschusses anschließen und gemeinsam mit den liberalen Männern die dasselbe Ziel anstreben, wie wir, jetzt in die Wahlthätigkeit eintreten. „H. G. Es giebt bloß zwei Gründe, die das vollständig rechtfertigen. Der eine ist der, wir befristigen dadurch dem Beschlusse der national-liberalen Partei in ihrer General-Versammlung, die in Berlin getroffen hat, moral und deutlich ausgesprochen wurde, daß, weil die beiden großen Schattirungen der liberalen Partei in der abgelaufenen Legislatur-Periode einem Zusammenwirken sich bereiteten und in allen wesentlichen Fragen niemals von einander abgewichen sind, sie auch in der bevorstehenden Legislaturperiode und bei der Wahlthätigkeit zusammengehen werden, wie es der Wohl d. s. Vaterlandes verlangt. Das Programm der Partei spricht sich ausdrücklich in folgendem Passus aus: „Das deutsche Reich ist stark genug, vielen Anfechtungen Trotz zu bieten, aber an uns ist es, jenen Anfechtungen mit dem Aufgebote aller moralischen Energie entgegenzutreten. Die nat.-lib. Partei hat seit ihrem Entstehen diese großen Zielpunkte vor Augen gehabt und unter den schwierigsten Verhältnissen gefördert. Zu unserer freudigen Bezeugung steht sie jetzt die gleichen Zielpunkte von allen befreundeten liberalen Fractionen anerkannt und wir verharren gern in dem gemeinsamen Gebiete, das die gewonnene Uebereinstimmung in dem Zusammenwirken bei den Wahlen festgehalten und nicht gefährdet werden soll, durch die Verschmelzung der Schattirungen, nach welchen die einzelnen Hauptthätigkeiten innerhalb der großen liberalen Partei sich gruppiren.“

H. G. Der Herr Director Wächler. Derselbe führt aus: „Sie werden, m. G., sich erinnern, daß ich in der letzten Generalversammlung bei der Besprechung der bevorstehenden Wahlen ausdrücklich die Nothwendigkeit begründet und die gewisse Hoffnung ausgesprochen habe, daß auch in Breslau die beiden liberalen Parteien sich zu gemeinsamer Wahlthätigkeit vereinigen mögen. Diese Hoffnung ist ihrer Erfüllung näher getreten und die heutige Tagesordnung bringt Ihnen die Entscheidung. Ich für meine Person bin im Anschluß an das, was ich früher gesagt, und im Anschluß an die Gründe, die auch bei den Beratungen des Wahlvereins der Fortschrittspartei hervorgerufen sind, nur dringend bitten, daß Sie sich dem Vorschlage des Ausschusses anschließen und gemeinsam mit den liberalen Männern die dasselbe Ziel anstreben, wie wir, jetzt in die Wahlthätigkeit eintreten. „H. G. Es giebt bloß zwei Gründe, die das vollständig rechtfertigen. Der eine ist der, wir befristigen dadurch dem Beschlusse der national-liberalen Partei in ihrer General-Versammlung, die in Berlin getroffen hat, moral und deutlich ausgesprochen wurde, daß, weil die beiden großen Schattirungen der liberalen Partei in der abgelaufenen Legislatur-Periode einem Zusammenwirken sich bereiteten und in allen wesentlichen Fragen niemals von einander abgewichen sind, sie auch in der bevorstehenden Legislaturperiode und bei der Wahlthätigkeit zusammengehen werden, wie es der Wohl d. s. Vaterlandes verlangt. Das Programm der Partei spricht sich ausdrücklich in folgendem Passus aus: „Das deutsche Reich ist stark genug, vielen Anfechtungen Trotz zu bieten, aber an uns ist es, jenen Anfechtungen mit dem Aufgebote aller moralischen Energie entgegenzutreten. Die nat.-lib. Partei hat seit ihrem Entstehen diese großen Zielpunkte vor Augen gehabt und unter den schwierigsten Verhältnissen gefördert. Zu unserer freudigen Bezeugung steht sie jetzt die gleichen Zielpunkte von allen befreundeten liberalen Fractionen anerkannt und wir verharren gern in dem gemeinsamen Gebiete, das die gewonnene Uebereinstimmung in dem Zusammenwirken bei den Wahlen festgehalten und nicht gefährdet werden soll, durch die Verschmelzung der Schattirungen, nach welchen die einzelnen Hauptthätigkeiten innerhalb der großen liberalen Partei sich gruppiren.“

H. G. Der Herr Director Wächler. Derselbe führt aus: „Sie werden, m. G., sich erinnern, daß ich in der letzten Generalversammlung bei der Besprechung der bevorstehenden Wahlen ausdrücklich die Nothwendigkeit begründet und die gewisse Hoffnung ausgesprochen habe, daß auch in Breslau die beiden liberalen Parteien sich zu gemeinsamer Wahlthätigkeit vereinigen mögen. Diese Hoffnung ist ihrer Erfüllung näher getreten und die heutige Tagesordnung bringt Ihnen die Entscheidung. Ich für meine Person bin im Anschluß an das, was ich früher gesagt, und im Anschluß an die Gründe, die auch bei den Beratungen des Wahlvereins der Fortschrittspartei hervorgerufen sind, nur dringend bitten, daß Sie sich dem Vorschlage des Ausschusses anschließen und gemeinsam mit den liberalen Männern die dasselbe Ziel anstreben, wie wir, jetzt in die Wahlthätigkeit eintreten. „H. G. Es giebt bloß zwei Gründe, die das vollständig rechtfertigen. Der eine ist der, wir befristigen dadurch dem Beschlusse der national-liberalen Partei in ihrer General-Versammlung, die in Berlin getroffen hat, moral und deutlich ausgesprochen wurde, daß, weil die beiden großen Schattirungen der liberalen Partei in der abgelaufenen Legislatur-Periode einem Zusammenwirken sich bereiteten und in allen wesentlichen Fragen niemals von einander abgewichen sind, sie auch in der bevorstehenden Legislaturperiode und bei der Wahlthätigkeit zusammengehen werden, wie es der Wohl d. s. Vaterlandes verlangt. Das Programm der Partei spricht sich ausdrücklich in folgendem Passus aus: „Das deutsche Reich ist stark genug, vielen Anfechtungen Trotz zu bieten, aber an uns ist es, jenen Anfechtungen mit dem Aufgebote aller moralischen Energie entgegenzutreten. Die nat.-lib. Partei hat seit ihrem Entstehen diese großen Zielpunkte vor Augen gehabt und unter den schwierigsten Verhältnissen gefördert. Zu unserer freudigen Bezeugung steht sie jetzt die gleichen Zielpunkte von allen befreundeten liberalen Fractionen anerkannt und wir verharren gern in dem gemeinsamen Gebiete, das die gewonnene Uebereinstimmung in dem Zusammenwirken bei den Wahlen festgehalten und nicht gefährdet werden soll, durch die Verschmelzung der Schattirungen, nach welchen die einzelnen Hauptthätigkeiten innerhalb der großen liberalen Partei sich gruppiren.“

H. G. Der Herr Director Wächler. Derselbe führt aus: „Sie werden, m. G., sich erinnern, daß ich in der letzten Generalversammlung bei der Besprechung der bevorstehenden Wahlen ausdrücklich die Nothwendigkeit begründet und die gewisse Hoffnung ausgesprochen habe, daß auch in Breslau die beiden liberalen Parteien sich zu gemeinsamer Wahlthätigkeit vereinigen mögen. Diese Hoffnung ist ihrer Erfüllung näher getreten und die heutige Tagesordnung bringt Ihnen die Entscheidung. Ich für meine Person bin im Anschluß an das, was ich früher gesagt, und im Anschluß an die Gründe, die auch bei den Beratungen des Wahlvereins der Fortschrittspartei hervorgerufen sind, nur dringend bitten, daß Sie sich dem Vorschlage des Ausschusses anschließen und gemeinsam mit den liberalen Männern die dasselbe Ziel anstreben, wie wir, jetzt in die Wahlthätigkeit eintreten. „H. G. Es giebt bloß zwei Gründe, die das vollständig rechtfertigen. Der eine ist der, wir befristigen dadurch dem Beschlusse der national-liberalen Partei in ihrer General-Versammlung, die in Berlin getroffen hat, moral und deutlich ausgesprochen wurde, daß, weil die beiden großen Schattirungen der liberalen Partei in der abgelaufenen Legislatur-Periode einem Zusammenwirken sich bereiteten und in allen wesentlichen Fragen niemals von einander abgewichen sind, sie auch in der bevorstehenden Legislaturperiode und bei der Wahlthätigkeit zusammengehen werden, wie es der Wohl d. s. Vaterlandes verlangt. Das Programm der Partei spricht sich ausdrücklich in folgendem Passus aus: „Das deutsche Reich ist stark genug, vielen Anfechtungen Trotz zu bieten, aber an uns ist es, jenen Anfechtungen mit dem Aufgebote aller moralischen Energie entgegenzutreten. Die nat.-lib. Partei hat seit ihrem Entstehen diese großen Zielpunkte vor Augen gehabt und unter den schwierigsten Verhältnissen gefördert. Zu unserer freudigen Bezeugung steht sie jetzt die gleichen Zielpunkte von allen befreundeten liberalen Fractionen anerkannt und wir verharren gern in dem gemeinsamen Gebiete, das die gewonnene Uebereinstimmung in dem Zusammenwirken bei den Wahlen festgehalten und nicht gefährdet werden soll, durch die Verschmelzung der Schattirungen, nach welchen die einzelnen Hauptthätigkeiten innerhalb der großen liberalen Partei sich gruppiren.“

H. G. Der Herr Director Wächler. Derselbe führt aus: „Sie werden, m. G., sich erinnern, daß ich in der letzten Generalversammlung bei der Besprechung der bevorstehenden Wahlen ausdrücklich die Nothwendigkeit begründet und die gewisse Hoffnung ausgesprochen habe, daß auch in Breslau die beiden liberalen Parteien sich zu gemeinsamer Wahlthätigkeit vereinigen mögen. Diese Hoffnung ist ihrer Erfüllung näher getreten und die heutige Tagesordnung bringt Ihnen die Entscheidung. Ich für meine Person bin im Anschluß an das, was ich früher gesagt, und im Anschluß an die Gründe, die auch bei den Beratungen des Wahlvereins der Fortschrittspartei hervorgerufen sind, nur dringend bitten, daß Sie sich dem Vorschlage des Ausschusses anschließen und gemeinsam mit den liberalen Männern die dasselbe Ziel anstreben, wie wir, jetzt in die Wahlthätigkeit eintreten. „H. G. Es giebt bloß zwei Gründe, die das vollständig rechtfertigen. Der eine ist der, wir befristigen dadurch dem Beschlusse der national-liberalen Partei in ihrer General-Versammlung, die in Berlin getroffen hat, moral und deutlich ausgesprochen wurde, daß, weil die beiden großen Schattirungen der liberalen Partei in der abgelaufenen Legislatur-Periode einem Zusammenwirken sich bereiteten und in allen wesentlichen Fragen niemals von einander abgewichen sind, sie auch in der bevorstehenden Legislaturperiode und bei der Wahlthätigkeit zusammengehen werden, wie es der Wohl d. s. Vaterlandes verlangt. Das Programm der Partei spricht sich ausdrücklich in folgendem Passus aus: „Das deutsche Reich ist stark genug, vielen Anfechtungen Trotz zu bieten, aber an uns ist es, jenen Anfechtungen mit dem Aufgebote aller moralischen Energie entgegenzutreten. Die nat.-lib. Partei hat seit ihrem Entstehen diese großen Zielpunkte vor Augen gehabt und unter den schwierigsten Verhältnissen gefördert. Zu unserer freudigen Bezeugung steht sie jetzt die gleichen Zielpunkte von allen befreundeten liberalen Fractionen anerkannt und wir verharren gern in dem gemeinsamen Gebiete, das die gewonnene Uebereinstimmung in dem Zusammenwirken bei den Wahlen festgehalten und nicht gefährdet werden soll, durch die Verschmelzung der Schattirungen, nach welchen die einzelnen Hauptthätigkeiten innerhalb der großen liberalen Partei sich gruppiren.“

H. G. Der Herr Director Wächler. Derselbe führt aus: „Sie werden, m. G., sich erinnern, daß ich in der letzten Generalversammlung bei der Besprechung der bevorstehenden Wahlen ausdrücklich die Nothwendigkeit begründet und die gewisse Hoffnung ausgesprochen habe, daß auch in Breslau die beiden liberalen Parteien sich zu gemeinsamer Wahlthätigkeit vereinigen mögen. Diese Hoffnung ist ihrer Erfüllung näher getreten und die heutige Tagesordnung bringt Ihnen die Entscheidung. Ich für meine Person bin im Anschluß an das, was ich früher gesagt, und im Anschluß an die Gründe, die auch bei den Beratungen des Wahlvereins der Fortschrittspartei hervorgerufen sind, nur dringend bitten, daß Sie sich dem Vorschlage des Ausschusses anschließen und gemeinsam mit den liberalen Männern die dasselbe Ziel anstreben, wie wir, jetzt in die Wahlthätigkeit eintreten. „H. G. Es giebt bloß zwei Gründe, die das vollständig rechtfertigen. Der eine ist der, wir befristigen dadurch dem Beschlusse der national-liberalen Partei in ihrer General-Versammlung, die in Berlin getroffen hat, moral und deutlich ausgesprochen wurde, daß, weil die beiden großen Schattirungen der liberalen Partei in der abgelaufenen Legislatur-Periode einem Zusammenwirken sich bereiteten und in allen wesentlichen Fragen niemals von einander abgewichen sind, sie auch in der bevorstehenden Legislaturperiode und bei der Wahlthätigkeit zusammengehen werden, wie es der Wohl d. s. Vaterlandes verlangt. Das Programm der Partei spricht sich ausdrücklich in folgendem Passus aus: „Das deutsche Reich ist stark genug, vielen Anfechtungen Trotz zu bieten, aber an uns ist es, jenen Anfechtungen mit dem Aufgebote aller moralischen Energie entgegenzutreten. Die nat.-lib. Partei hat seit ihrem Entstehen diese großen Zielpunkte vor Augen gehabt und unter den schwierigsten Verhältnissen gefördert. Zu unserer freudigen Bezeugung steht sie jetzt die gleichen Zielpunkte von allen befreundeten liberalen Fractionen anerkannt und wir verharren gern in dem gemeinsamen Gebiete, das die gewonnene Uebereinstimmung in dem Zusammenwirken bei den Wahlen festgehalten und nicht gefährdet werden soll, durch die Verschmelzung der Schattirungen, nach welchen die einzelnen Hauptthätigkeiten innerhalb der großen liberalen Partei sich gruppiren.“

H. G. Der Herr Director Wächler. Derselbe führt aus: „Sie werden, m. G., sich erinnern, daß ich in der letzten Generalversammlung bei der Besprechung der bevorstehenden Wahlen ausdrücklich die Nothwendigkeit begründet und die gewisse Hoffnung ausgesprochen habe, daß auch in Breslau die beiden liberalen Parteien sich zu gemeinsamer Wahlthätigkeit vereinigen mögen. Diese Hoffnung ist ihrer Erfüllung näher getreten und die heutige Tagesordnung bringt Ihnen die Entscheidung. Ich für meine Person bin im Anschluß an das, was ich früher gesagt, und im Anschluß an die Gründe, die auch bei den Beratungen des Wahlvereins der Fortschrittspartei hervorgerufen sind, nur dringend bitten, daß Sie sich dem Vorschlage des Ausschusses anschließen und gemeinsam mit den liberalen Männern die dasselbe Ziel anstreben, wie wir, jetzt in die Wahlthätigkeit eintreten. „H. G. Es giebt bloß zwei Gründe, die das vollständig rechtfertigen. Der eine ist der, wir befristigen dadurch dem Beschlusse der national-liberalen Partei in ihrer General-Versammlung, die in Berlin getroffen hat, moral und deutlich ausgesprochen wurde, daß, weil die beiden großen Schattirungen der liberalen Partei in der abgelaufenen Legislatur-Periode einem Zusammenwirken sich bereiteten und in allen wesentlichen Fragen niemals von einander abgewichen sind, sie auch in der bevorstehenden Legislaturperiode und bei der Wahlthätigkeit zusammengehen werden, wie es der Wohl d. s. Vaterlandes verlangt. Das Programm der Partei spricht sich ausdrücklich in folgendem Passus aus: „Das deutsche Reich ist stark genug, vielen Anfechtungen Trotz zu bieten, aber an uns ist es, jenen Anfechtungen mit dem Aufgebote aller moralischen Energie entgegenzutreten. Die nat.-lib. Partei hat seit ihrem Entstehen diese großen Zielpunkte vor Augen gehabt und unter den schwierigsten Verhältnissen gefördert. Zu unserer freudigen Bezeugung steht sie jetzt die gleichen Zielpunkte von allen befreundeten liberalen Fractionen anerkannt und wir verharren gern in dem gemeinsamen Gebiete, das die gewonnene Uebereinstimmung in dem Zusammenwirken bei den Wahlen festgehalten und nicht gefährdet werden soll, durch die Verschmelzung der Schattirungen, nach welchen die einzelnen Hauptthätigkeiten innerhalb der großen liberalen Partei sich gruppiren.“

H. G. Der Herr Director Wächler. Derselbe führt aus: „Sie werden, m. G., sich erinnern, daß ich in der letzten Generalversammlung bei der Besprechung der bevorstehenden Wahlen ausdrücklich die Nothwendigkeit begründet und die gewisse Hoffnung ausgesprochen habe, daß auch in Breslau die beiden liberalen Parteien sich zu gemeinsamer Wahlthätigkeit vereinigen mögen. Diese Hoffnung ist ihrer Erfüllung näher getreten und die heutige Tagesordnung bringt Ihnen die Entscheidung. Ich für meine Person bin im Anschluß an das, was ich früher gesagt, und im Anschluß an die Gründe, die auch bei den Beratungen des Wahlvereins der Fortschrittspartei hervorgerufen sind, nur dringend bitten, daß Sie sich dem Vorschlage des Ausschusses anschließen und gemeinsam mit den liberalen Männern die dasselbe Ziel anstreben, wie wir, jetzt in die Wahlthätigkeit eintreten. „H. G. Es giebt bloß zwei Gründe, die das vollständig rechtfertigen. Der eine ist der, wir befristigen dadurch dem Beschlusse der national-liberalen Partei in ihrer General-Versammlung, die in Berlin getroffen hat, moral und deutlich ausgesprochen wurde, daß, weil die beiden großen Schattirungen der liberalen Partei in der abgelaufenen Legislatur-Periode einem Zusammenwirken sich bereiteten und in allen wesentlichen Fragen niemals von einander abgewichen sind, sie auch in der bevorstehenden Legislaturperiode und bei der Wahlthätigkeit zusammengehen werden, wie es der Wohl d. s. Vaterlandes verlangt. Das Programm der Partei spricht sich ausdrücklich in folgendem Passus aus: „Das deutsche Reich ist stark genug, vielen Anfechtungen Trotz zu bieten, aber an uns ist es, jenen Anfechtungen mit dem Aufgebote aller moralischen Energie entgegenzutreten. Die nat.-lib. Partei hat seit ihrem Entstehen diese großen Zielpunkte vor Augen gehabt und unter den schwierigsten Verhältnissen gefördert. Zu unserer freudigen Bezeugung steht sie jetzt die gleichen Zielpunkte von allen befreundeten liberalen Fractionen anerkannt und wir verharren gern in dem gemeinsamen Gebiete, das die gewonnene Uebereinstimmung in dem Zusammenwirken bei den Wahlen festgehalten und nicht gefährdet werden soll, durch die Verschmelzung der Schattirungen, nach welchen die einzelnen Hauptthätigkeiten innerhalb der großen liberalen Partei sich gruppiren.“

H. G. Der Herr Director Wächler. Derselbe führt aus: „Sie werden, m. G., sich erinnern, daß ich in der letzten Generalversammlung bei der Besprechung der bevorstehenden Wahlen ausdrücklich die Nothwendigkeit begründet und die gewisse Hoffnung ausgesprochen habe, daß auch in Breslau die beiden liberalen Parteien sich zu gemeinsamer Wahlthätigkeit vereinigen mögen. Diese Hoffnung ist ihrer Erfüllung näher getreten und die heutige Tagesordnung bringt Ihnen die Entscheidung. Ich für meine Person bin im Anschluß an das, was ich früher gesagt, und im Anschluß an die Gründe, die auch bei den Beratungen des Wahlvereins der Fortschrittspartei hervorgerufen sind, nur dringend bitten, daß Sie sich dem Vorschlage des Ausschusses anschließen und gemeinsam mit den liberalen Männern die dasselbe Ziel anstreben, wie wir, jetzt in die Wahlthätigkeit eintreten. „H. G. Es giebt bloß zwei Gründe, die das vollständig rechtfertigen. Der eine ist der, wir befristigen dadurch dem Beschlusse der national-liberalen Partei in ihrer General-Versammlung, die in Berlin getroffen hat, moral und deutlich ausgesprochen wurde, daß, weil die beiden großen Schattirungen der liberalen Partei in der abgelaufenen Legislatur-Periode einem Zusammenwirken sich bereiteten und in allen wesentlichen Fragen niemals von einander abgewichen sind, sie auch in der bevorstehenden Legislaturperiode und bei der Wahlthätigkeit zusammengehen werden, wie es der Wohl d. s. Vaterlandes verlangt. Das Programm der Partei spricht sich ausdrücklich in folgendem Passus aus: „Das deutsche Reich ist stark genug, vielen Anfechtungen Trotz zu bieten, aber an uns ist es, jenen Anfechtungen mit dem Aufgebote aller moralischen Energie entgegenzutreten. Die nat.-lib. Partei hat seit ihrem Entstehen diese großen Zielpunkte vor Augen gehabt und unter den schwierigsten Verhältnissen gefördert. Zu unserer freudigen Bezeugung steht sie jetzt die gleichen Zielpunkte von allen befreundeten liberalen Fractionen anerkannt und wir verharren gern in dem gemeinsamen Gebiete, das die gewonnene Uebereinstimmung in dem Zusammenwirken bei den Wahlen festgehalten und nicht gefährdet werden soll, durch die Verschmelzung der Schattirungen, nach welchen die einzelnen Hauptthätigkeiten innerhalb der großen liberalen Partei sich gruppiren.“

H. G. Der Herr Director Wächler. Derselbe führt aus: „Sie werden, m. G., sich erinnern, daß ich in der letzten Generalversammlung bei der Besprechung der bevorstehenden Wahlen ausdrücklich die Nothwendigkeit begründet und die gewisse Hoffnung ausgesprochen habe, daß auch in Breslau die beiden liberalen Parteien sich zu gemeinsamer Wahlthätigkeit vereinigen mögen. Diese Hoffnung ist ihrer Erfüllung näher getreten und die heutige Tagesordnung bringt Ihnen die Entscheidung. Ich für meine Person bin im Anschluß an das, was ich früher gesagt, und im Anschluß an die Gründe, die auch bei den Beratungen des Wahlvereins der Fortschrittspartei hervorgerufen sind, nur dringend bitten, daß Sie sich dem Vorschlage des Ausschusses anschließen und gemeinsam mit den liberalen Männern die dasselbe Ziel anstreben, wie wir, jetzt in die Wahlthätigkeit eintreten. „H. G. Es giebt bloß zwei Gründe, die das vollständig rechtfertigen. Der eine ist der, wir befristigen dadurch dem Beschlusse der national-liberalen Partei in ihrer General-Versammlung, die in Berlin getroffen hat, moral und deutlich ausgesprochen wurde, daß, weil die beiden großen Schattirungen der liberalen Partei in der abgelaufenen Legislatur-Periode einem Zusammenwirken sich bereiteten und in allen wesentlichen Fragen niemals von einander abgewichen sind, sie auch in der bevorstehenden Legislaturperiode und bei der Wahlthätigkeit zusammengehen werden, wie es der Wohl d. s. Vaterlandes verlangt. Das Programm der Partei spricht sich ausdrücklich in folgendem Passus aus: „Das deutsche Reich ist stark genug, vielen Anfechtungen Trotz zu bieten, aber an uns ist es, jenen Anfechtungen mit dem Aufgebote aller moralischen Energie entgegenzutreten. Die nat.-lib. Partei hat seit ihrem Entstehen diese großen Zielpunkte vor Augen gehabt und unter den schwierigsten Verhältnissen gefördert. Zu unserer freudigen Bezeugung steht sie jetzt die gleichen Zielpunkte von allen befreundeten liberalen Fractionen anerkannt und wir verharren gern in dem gemeinsamen Gebiete, das die gewonnene Uebereinstimmung in dem Zusammenwirken bei den Wahlen festgehalten und nicht gefährdet werden soll, durch die Verschmelzung der Schattirungen, nach welchen die einzelnen Hauptthätigkeiten innerhalb der großen liberalen Partei sich gruppiren.“

H. G. Der Herr Director Wächler. Derselbe führt aus: „Sie werden, m. G., sich erinnern, daß ich in der letzten Generalversammlung bei der Besprechung der bevorstehenden Wahlen ausdrücklich die Nothwendigkeit begründet und die gewisse Hoffnung ausgesprochen habe, daß auch in Breslau die beiden liberalen Parteien sich zu gemeinsamer Wahlthätigkeit vereinigen mögen. Diese Hoffnung ist ihrer Erfüllung näher getreten und die heutige Tagesordnung bringt Ihnen die Entscheidung. Ich für meine Person bin im Anschluß an das, was ich früher gesagt, und im Anschluß an die Gründe, die auch bei den Beratungen des Wahlvereins der Fortschrittspartei hervorgerufen sind, nur dringend bitten, daß Sie sich dem Vorschlage des Ausschusses anschließen und gemeinsam mit den liberalen Männern die dasselbe Ziel anstreben, wie wir, jetzt in die Wahlthätigkeit eintreten. „H. G. Es giebt bloß zwei Gründe, die das vollständig rechtfertigen. Der eine ist der, wir befristigen dadurch dem Beschlusse der national-liberalen Partei in ihrer General-Versammlung, die in Berlin getroffen hat, moral und deutlich ausgesprochen wurde, daß, weil die beiden großen Schattirungen der liberalen Partei in der abgelaufenen Legislatur-Periode einem Zusammenwirken sich bereiteten und in allen wesentlichen Fragen niemals von einander abgewichen sind, sie auch in der bevorstehenden Legislaturperiode und bei der Wahlthätigkeit zusammengehen werden, wie es der Wohl d. s. Vaterlandes verlangt. Das Programm der Partei spricht sich ausdrücklich in folgendem Passus aus: „Das deutsche Reich ist stark genug, vielen Anfechtungen Trotz zu bieten, aber an uns ist es, jenen Anfechtungen mit dem Aufgebote aller moralischen Energie entgegenzutreten. Die nat.-lib. Partei hat seit ihrem Entstehen diese großen Zielpunkte vor Augen gehabt und unter den schwierigsten Verhältnissen gefördert. Zu unserer freudigen Bezeugung steht sie jetzt die gleichen Zielpunkte von allen befreundeten liberalen Fractionen anerkannt und wir verharren gern in dem gemeinsamen Gebiete, das die gewonnene Uebereinstimmung in dem Zusammenwirken bei den Wahlen festgehalten und nicht gefährdet werden soll, durch die Verschmelzung der Schattirungen, nach welchen die einzelnen Hauptthätigkeiten innerhalb der großen liberalen Partei sich gruppiren.“

H. G. Der Herr Director Wächler. Derselbe führt aus: „Sie werden, m. G., sich erinnern, daß ich in der letzten Generalversammlung bei der Besprechung der bevorstehenden Wahlen ausdrücklich die Nothwendigkeit begründet und die gewisse Hoffnung ausgesprochen habe, daß auch in Breslau die beiden liberalen Parteien sich zu gemeinsamer Wahlthätigkeit vereinigen mögen. Diese Hoffnung ist ihrer Erfüllung näher getreten und die heutige Tagesordnung bringt Ihnen die Entscheidung. Ich für meine Person bin im Anschluß an das, was ich früher gesagt, und im Anschluß an die Gründe, die auch bei den Beratungen des Wahlvereins der Fortschrittspartei hervorgerufen sind, nur dringend bitten, daß Sie sich dem Vorschlage des Ausschusses anschließen und gemeinsam mit den liberalen Männern die dasselbe Ziel anstreben, wie wir, jetzt in die Wahlthätigkeit eintreten. „H. G. Es giebt bloß zwei Gründe, die das vollständig rechtfertigen. Der eine ist der, wir befristigen dadurch dem Beschlusse der national-liberalen Partei in ihrer General-Versammlung, die in Berlin getroffen hat, moral und deutlich ausgesprochen wurde, daß, weil die beiden großen Schattirungen der liberalen Partei in der abgelaufenen Legislatur-Periode einem Zusammenwirken sich bereiteten und in allen wesentlichen Fragen niemals von einander abgewichen sind, sie auch in der bevorstehenden Legislaturperiode und bei der Wahlthätigkeit zusammengehen werden, wie es der Wohl d. s. Vaterlandes verlangt. Das Programm der Partei spricht sich ausdrücklich in folgendem Passus aus: „Das deutsche Reich ist stark genug, vielen Anfechtungen Trotz zu bieten, aber an uns ist es, jenen Anfechtungen mit dem Aufgebote aller moralischen Energie entgegenzutreten. Die nat.-lib. Partei hat seit ihrem Entstehen diese großen Zielpunkte vor Augen gehabt und unter den schwierigsten Verhältnissen gefördert. Zu unserer freudigen Bezeugung steht sie jetzt die gleichen Zielpunkte von allen befreundeten liberalen Fractionen anerkannt und wir verharren gern in dem gemeinsamen Gebiete, das die gewonnene Uebereinstimmung in dem

an jenem Beschlusse festzuhalten. Persönliche Sympathien oder Antipathien haben in politischen Fragen nicht mitzubringen; das einzig und allein Entscheidende darf nur der Umstand sein, ob der vorgeschlagene Schritt aus dem Ziele, das wir anstreben, näher führt.

Die sachlichen Momente, die damals für den Compromiß sprachen, waren, daß wir nach oben und nach unten documentiren wollten, daß in denjenigen Fragen, welche die nächste Legislaturperiode vornehmlich beschäftigen werden, die Begrenzung des Gebietes zwischen Staat und Kirche und die Selbstverwaltung in Gemeinde und Provinz, keine Differenzpunkte und die Selbstverwaltung in Gemeinde und Provinz, keine Differenzpunkte und die Selbstverwaltung in Gemeinde und Provinz, keine Differenzpunkte...

Prof. Dr. Köppl: „Meine Herren, Ich glaube wohl annehmen zu dürfen, daß wenn ich für die Annahme des Antrages Ihres Ausschusses, also des Antrages der Fortschrittspartei spreche, Jedermann von Ihnen überzeugt sein wird, daß wirklich sachliche Gründe für die Annahme bei mir die Überzeugung der Nothwendigkeit derselben hervorgerufen haben, denn Sie Alle wissen, daß ich persönlich nicht gerade große Sympathie für die Fortschrittspartei gehabt habe, die uns bis jetzt so feindlich gegenüber gestanden hat, daß sie in der Zeit, wo sie die Macht in unserer Stadt hatte, uns nie auch nur die geringste Concession gemacht hat (Hör, hört!). Ja, meine Herren, sie ist so weit gegangen, daß sie das Compromiß, das unsere Partei ihr angeboten, vor einigen Wochen abgelehnt hat, so daß wir also heute sehr wenig Veranlassung hätten, wie die Dinge in Bezug auf die künftigen Wahlen jetzt in der Stadt liegen, auf den von ihr jetzt in später Stunde gestellten Antrag einzugehen.“ (Sehr richtig!)

M. S. Ich glaube wohl auszusprechen zu dürfen, daß die Aussichten für die bevorstehenden Wahlen für unsere Partei heute noch düsterer stehen, als sie vor 3 Jahren standen, wo wir den Sieg gegen das Widerstreben der Fortschrittspartei errangen.

M. S. Ich will auf die Motive, welche den Beschluß der Fortschrittspartei hervorgerufen haben, nicht eingehen, sie entziehen sich ja zum Theil meiner Kenntniß; Jeder von uns wird wohl von selbst das Hauptmotiv verstehen, welches dem Vorgehen der Fortschrittspartei zu Grunde liegt. Wenn ich nun aber dennoch für die Annahme des Beschlusses spreche, so geschieht es nicht deshalb, weil ich der Meinung bin, die Unterschiede der beiden Parteien seien so flüchtig geworden, daß sie sich gegenseitig schon verschmelzen könnten, nicht deshalb, weil ich etwa die Ergründung gemacht, daß beide Fractionen der liberalen Partei überall bei wichtigen Abstimmungen zusammengewandert sind. Nicht nur in der Auffassung der politischen Tagesfragen, sondern auch in der Haltung der politischen Parteien, die möchte ich sagen, ebenso wichtig ist, wie der allgemeine Standpunkt, haben sich oft genug, und auch in der letzten Session, Differenzen zwischen beiden Parteien gezeigt. Auch das Zusammengehen, welches uns heute proponirt wird, und für welches ich das Wort ergebe, ist keine Verschmelzung der beiden Parteien, es ist ein Compromiß, dahin gehend, daß wir, die wir die Majorität in den Händen haben, wenn ich so sagen soll, der gegenüberstehenden Partei einen Deputirten geben sollen.

M. S. Mich bestimmt, diesem Compromiß das Wort zu reden, wesentlich der Sinn, daß ich es für ein Zeichen liberaler Gesinnung halte, wenn man zeigt, daß man auch eine abweichende liberale Ansicht und Anschauung toleriren kann (Sehr gut!), daß man nicht einseitig und exclusiv sagt: Nur in meinem Zeichen ist das Heil! — Daß man vielmehr die Dinge sich entwickeln läßt.

M. S. Ich zweifle nicht daran, wir werden wieder in Conflict mit der Fortschrittspartei kommen, die Gelegenheit wird nicht ausbleiben, für den Augenblick ist es aber kein Unglück für das Land, sondern ich halte es für einen Vortheil, daß neben der national-liberalen Partei auch noch eine solche Fraction, wie die Fortschrittspartei, vorhanden ist, aber freilich darf sie nicht die Majorität haben (Bravo!), darüber jedoch dürfen wir keine Besorgnisse hegen, die Majorität im Abgeordnetenhaus wird sie nicht erhalten, es ist also für das Ganze von geringem Gewicht, ob eine Stimme mehr oder weniger durch Hrn. v. Kirchmann für die Fortschrittspartei in's Abgeordnetenhaus kommt.

„Was aber unsere Stadt betrifft, so stimme ich aus voller Ueberzeugung dem Antrage Ihres Ausschusses bei, das Zusammengehen anzunehmen. M. S. Die Wahlen werden nicht bloß von Männern gemacht, die eine entschiedene politische Parteibezugung haben; zwischen den Parteimännern links und rechts liegt eine große Schicht unserer ehrenwerthen Bürgerchaft, die nicht so entschieden fortschrittlich oder national-liberal ist, sondern die, je nachdem die Lage des Staates und je nachdem die Strömung der öffentlichen Meinung ist, sich bald auf diese Seite, bald auf jene stellt.

M. S. Wir haben unsern Sieg vor drei Jahren meiner Meinung nach dadurch erkauft, daß die öffentliche Meinung sich von der bis dahin von der Fortschrittspartei eingehaltenen Politik abwandte und dem Verhalten, welches die national-liberale Partei in den großen politischen Fragen eingenommen, zustimmte. (Bravo!) Nun, m. S., diese große, ehrenwerthe Masse unserer Mitbürger würde, wenn wir jetzt einen solchen Antrag zurückwies, das nicht verstehen. Sie steht nicht so im Bewußtsein der Parteigegenstände, wie die eigentlichen Parteimänner und sie ist daher geneigt, nach beiden Seiten hin die Hand zu bieten. Ich schlage auch den Vortheil hoch an, daß endlich einmal hier in der Stadt die beiden liberalen Parteien sich ein Zeichen gegenseitiger Achtung geben (Lebhaftes Bravo!) und dies Zeichen habe ich bei der Fortschrittspartei bisher bemerkt. Denn ich wiederhole, als sie die Macht hatte, hat sie uns nicht die geringste Concession gemacht. Geben wir ihr einen Candidaten und beweisen wir, daß wir auch eine abweichende Meinung respectiren.“ (Bravo!)

Partikularer Jimbal: „Ich habe seit 1848 alle Wahlen mitgemacht, bin aber erst seit April ein Breslauer. Mir scheint die heutige Entscheidung durchaus nicht zweifelhaft und lange Debatten halte ich nicht für nothwendig. Was die Nationalliberalen anstreben, will auch die Fortschrittspartei, wenn diese auch vielleicht einen Schritt weiter geht. Es handelt sich darum, Front zu machen gegen die Ultramontanen, die wir wo möglich ganz aus dem Felde schlagen wollen. Ein Sieg ist in Breslau unzweifelhaft, nur soll es kein einfacher, sondern ein möglichst vollständiger, einstimmiger Sieg sein, damit wir der ganzen Provinz ein Beispiel geben.“ (Bravo!)

Hiermit ist die Discussion geschlossen. Der Vorsitzende bemerkt, daß er dem Antrage des Ausschusses noch den zweiten hinzusetze, daß dem Vorstand im Falle der Annahme des ersten Antrages die nöthigen Schritte überlassen bleiben. Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag des Ausschusses angenommen und zwar, wie die erfolgte Gegenprobe ergiebt einstimmig.

Der Vorsteher des Ausschusses, nach dem Beschluß nunmehr angenommen sei, nun auch rückhaltlos und mit allen Kräften für denselben einzutreten. Die Partei möge sich nicht durch Sympathien oder Antipathien, durch kleinliche, persönliche Rücksichten davon abhalten lassen, sondern gegen, daß sie eine feste Organisation bestimme. Man wolle das, was man beschließen, als politische Männer nun auch durchführen. (Bravo.)

Zustitz Rath Fischer warnt, nicht gleichgültig zu sein, weil man des Sieges mit einer bedeutenden Majorität sicher sei. Die Gegner würden auf das Stimmbilanz genau achten und wenn dasselbe in einzelnen Wahlbezirken ungenügend ist, frohlockend auf das geringe Interesse hinweisen. Redner bittet, recht zahlreich am Wahlstiche zu erscheinen. — Hiermit wurde die Versammlung gegen 9 Uhr geschlossen.

+ Breslau, 23. October. [Der Bezirksverein für Oders und Sand-Vorstadt] wird in seiner heut (Donnerstag) Abends 8 Uhr bei Casperle (Machiasstraße 81) stattfindenden allgemeinen Versammlung der Wohnerschaft Breslau's Gelegenheit bieten, sich über die neue Straßens-Polizei-Ordnung auszusprechen, sowie die antichristlichen Gutachten über unsere städtischen Gasanstalten und über die Canalisation Breslau's kennen zu lernen. Möge davon ein recht umfassender Gebrauch gemacht werden.

[Der Herr Fürstbischof] wird, wie die idalische „Volkzeitung“ meldet, wahrscheinlich nächsten Sonnabend den 25. October von Johannisberg nach Breslau zurückkehren. Dasselbe Blatt bemerkt, daß der Hr. Fürstbischof gewöhnlich erst gegen Ende des Monats October nach Breslau zurückkomme, und daß hieraus sein Ausbleiben bei dem gerichtlichen Termine zu erklären sei.

Breslau, 21. October. [Schwurgericht. — Versuchter Gattenmord.] Die heutige Verhandlung führte wiederum einen Menschen auf die Anklagebank, welcher so weit herabgesunken war, mit Gleichgültigkeit Hand an das Leben einer anderen Person und zwar seiner eigenen Ehefrau zu legen. Der Nachwächter Gottlob Schmörtz aus Steinau ist angeklagt, am 5. Mai d. J. einen Mordversuch an seiner Ehefrau Henriette Gruppe verübt zu haben. Wie gewöhnlich in den Fällen, wo Gatten einander nach dem Leben trachten, ist auch hier ihr Zusammenleben schon seit mehreren Jahren ein erheblich gestörtes gewesen. Der Angeklagte hatte

schon oft genug erklärt, daß er seiner Frau überdrüssig sei und auch dieser direct gesagt: „Ich möchte Dich auf den Kopf schlagen, daß Du gleich weg wärest.“ — An dem oben genannten Tage war die Frau des Angeklagten nach Hause gekommen und hatte sich Kaffee gelocht. In ihrem offenen Kleide hatte sie Streuzunder in einer Kiste aufbewahrt, nahm davon und verschänkte sich damit ihren Kaffee. Dabei fiel es ihr auf, daß der Zunder nicht wie gewöhnlich zu Boden sank, sondern sich milchig auflöste und sich am Löffelrande ansetzte. Sie wurde dabei sehr kugig, goß in ein anderes Gefäß etwas Wasser und that in diese wieder etwas von dem Zunder. Auch hierbei bemerkte sie, daß der Zunder sich nicht auflöste, indem ein Theil davon am Boden in kleinen Körnchen liegen blieb. Selbstverständlich trank sie nicht weiter von dem Kaffee und fühlte nach etwa 10 Minuten starke Uebelkeit, der sich bald heftiges Erbrechen und Durchfall zugesellten. Gleichwohl bemühte sie sich noch zu arbeiten, mußte indeß davon absehen, weil Erbrechen und Durchfall fortwährend aufs Neue eintraten und sie zugleich eine ungewöhnliche Mattigkeit besiel. Bald darauf kam der Angeklagte nach Hause, sah, daß dieselbe krank im Bett lag und äußerte, sie möchte machen, daß sie in's Krankenhause käme, es wäre nicht schade um sie, wenn sie auch stirbe. Indessen dauerten die Krankheitsercheinungen bei der Frau des Angeklagten fort und es entschloß sich daher nach einigen Tagen Mitbewohner des Hauses des Angeklagten, den Kreisphysikus Dr. Klamroth zu Steinau zu holen. Dieser ordnete den Transport der Kranken in das Krankenhaus Bethanien zu Steinau an, wo dieselbe länger als einen Monat bleiben mußte. Am 11. Juni wurde sie zwar entlassen, war jedoch noch lange nicht gesund. In der Rückschau ergiebt sich, daß sie starke Geschwülste und Klage über Mattigkeit und ein Gefühl von Steifheit, insbesondere in den Händen. Die ärztliche Untersuchung im Krankenhause hatte eine acute entzündliche Affection des Magens und Darmcanals ergeben, welche sich insbesondere durch heftige Diarrhoe, Erbrechen, Abgang schleimiger, blutiggefärbter Massen, Risse der Extremitäten und Fieber äußerte. Das Gutachten des Kreisphysikus erklärte sich mit Bestimmtheit dafür, daß alle diese Krankheitsercheinungen auf eine Vergiftung der Kranken zurückzuführen seien.

Von dem Apotheker Mundry zu Steinau war eine Quantität des von der Vergifteten verwendeten Zunders einer chemischen Analyse unterworfen und dabei gefunden worden, daß in 10 Grammen desselben etwa 1/2 Gramme arseniger Säure enthalten war. Herr Dr. Klamroth gab heute an, daß 10 Gramme des Zunders etwa einen Theelöffel voll ausmachten und daß der 20. Theil Arsenik vollkommen genüge, um einen Menschen zu tödten.

In der Voruntersuchung hatte der Angeklagte, auf welchen sich bald der Verdacht der That lenkte, zuerst dieselbe gelugnet, schließlich aber dieselbe eingestanden und über deren Verübung folgendes ausgesagt:

Schon seit langer Zeit sei er von seiner Frau schlecht behandelt und wiederholt geschlagen worden. Sie habe ihm auch wenig zu essen gegeben und sich gegen seinen Sohn erster Ehe höchst lieblos benommen. Mit der Zeit sei seine Abneigung gegen seine Frau so groß geworden, daß er ein Zusammenleben mit ihr nicht mehr für erträglich gehalten habe. Inzwischen habe er nicht deshalb sofort die Idee gefaßt, sie zu tödten. Hierzu sei ihm der Gedanke erst gekommen, als er durch den Hauswirth der Apotheke zu Steinau im Gist zur Verfertigung der Kisten verfertigt hätte. Ehe nämlich er dazu gekommen wäre, dieses gegen die Kisten anzuwenden, seien dieselben in anderer Weise durch den Hauswirth verfertigt worden, welcher sie mittelst einer Feile aufstiftete. Er habe sich dann erst einige Tage mit dem Gedanken getragen, sich seiner Frau durch das Gist zu entziehen und dasselbe am 5. Mai in die Kiste gethan, aus welcher seine Frau Zunder zum Kaffee damals entnahm. Er habe sich darauf aus seiner Wohnung entfernt, und als er zurückgekommen, sich, da er seine Frau krank vorfand, wohl gedacht, daß das Gist die Ursache davon sei. Indessen habe er sich weiter um sie nicht bekümmert, da auch sie sich um ihn nicht zu kümmern gepflegt habe, wenn er krank gewesen.

In der heutigen Verhandlung modificirte der Angeklagte diese Aussagen. Er behauptet, er habe seine Frau nicht gerade tödten, sondern sie nur krank machen wollen. „Stirbt sie, so stirbt sie; stirbt sie nicht, so stirbt sie nicht“, habe er sich gedacht. Er habe auch nicht denken können, daß das Gist für einen Menschen absolut tödlich sei, weil er aus Lebensbedröß schon früher mit demselben einen Selbstmordversuch gemacht habe. Damals habe er von dem Gist auf Butterbrot geistichen, davon aber nur Erbrechen und Durchfall bekommen.

Der Vertreter der kgl. Staatsanwaltschaft erklärt hiergegen, daß er die Anklage im vollen Umfange aufrecht erhalte. Nach dem vorliegenden Thatbestande könne es höchstens noch zweifelhaft sein, ob der Angeklagte des versuchten Mordes oder der vorsätzlichen Verbringung von Gist, um die Gesundheit eines Anderen zu beschädigen (§ 229 Reichsstrafgesetzbuches) schuldig sei. Indessen ist das Letztere nach der früheren Geständnisse des Angeklagten nicht anzunehmen und auch die heutige Aussage desselben zeigt, daß er sich der möglichen weitest entzweiten tödlichen Folgen seiner Handlungswelt wohl bewußt gewesen (sogen. dolus indeterminatus). Hiernach beantragt er die Zulassung wegen Verbringung von Gist zu verurtheilen und gemäß der Anklage das Schuldig wegen Mordversuchs auszusprechen.

Der Verteidiger Hr. Justizrath Friedensburg meinte, daß die Absicht, seine Frau zu morben, nicht nachgewiesen sei und beantragte, die Hauptfrage zu verneinen, die Zulassung dagegen zu bejahen.

Die Geschworenen schlossen sich der Ansicht der k. Staatsanwaltschaft an und nachdem sie das „Schuldig“ gesprochen, verurtheilte der Vorsitzende den Angeklagten wegen versuchten Mordes nach dem Antrage des Staatsanwalts zu 5 Jahren Zuchthaus.

Hierauf mußten sich die Geschworenen noch mit der Aburteilung von zwei schweren Diebstählen beschäftigen. Im ersten Falle war der Angeklagte, Arbeiter Reinhold Schwente aus Breslau geständig, im Mai dieses Jahres in der Nacht mit zwei anderen Personen einen Einbruch bei dem Kaufmann Hieschowski zu Dels verübt zu haben. Er behauptete den einen seiner Campanen nicht zu kennen und als den anderen nannte er den Cigarrenarbeiter Köhner aus Breslau, welchen er im Gefängnisse kennen gelernt haben will. Köhner verweigerte aber einen so überzeugenden Alibi-Beweis zu liefern, daß die Anklage ihn nur gegen Schwente richtete. Der Bericht des Vorsitzenden ohne Mitwirkung der Geschworenen an Angeklagten unter Annahme mildernder Umstände zu 1 Jahr Gefängnis.

In der anderen Sache war der Angeklagte Arbeiter August Birle aus Koberwitz nur zum Theil geständig, indem er zugab, im April o. J. in Schönbaunitz dem Schmittwaarenhändler Hardorf aus dessen Blauwagen einen Feldrock gestohlen zu haben. Indessen leugnete er den Diebstahl auch einiger anderer Gegenstände und insbesondere, daß er, wie der Beschuldigte angiebt, die Felle der Pläne zerstückelt habe. Da letzterer Umstand die That des Angeklagten b. schwerer, so konnte die Mitwirkung der Geschworenen nicht entbehrt werden. Sie sprachen jedoch den Angeklagten gemäß der Anklage schuldig und wurde derselbe wegen dieses und eines zweiten Diebstahls, welchen er jedoch ebenfalls eingestanden hatte, zu 2 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Ehrverlust auf 3 Jahre verurtheilt, aus für diese Zeit Zulässigkeit von Polizeiaussicht ausgeprochen.

H. Gai nau, 21. Octbr. [Communales.] In heutiger Stadterordneten-Sitzung genehmigte die Versammlung nachträglich die aus Anlaß der Sebanfeier beim Kinderfeste verausgabte Summe von 22 Thlr. 20 Sgr. — Begleichen die Bezahlung mehrerer, an der städtischen Gasanstalt und Ziegellei, unweit des Bahnhofes gelegenen, Ländereien an Fabricbesitzer Wirbel u. Comp. unter den bisherigen Pachtbedingungen, doch mit dem Vorbehalt von 20 pCt. Zuschlag der seitherigen Pachtsumme und daß die Pachtperiode nicht auf 25, sondern nur auf 18 Jahre festzusetzen sei. — In Bezug auf einen früheren Antrag des Mitgliedes, Apoiteler Kunstmann, betreffs Theilung des Kreises, erklärte die Versammlung damit einverstanden, daß für jetzt von weiteren diesfälligen Schritten abzusehen sei, daß § 1 der Kreisordnung bestimme: „die Kreise bleiben in ihrer gegenwärtigen Begrenzung als Verwaltungsbereiche stehen.“ Dagegen gemäße die spätere wesentliche Umgestaltung des Kreises in verschiedene, nach Lage der Ortschaften bezogene, Districte, welche in sich wieder eine Verwaltung bilden, nach Lage der ersteren weit sicherere Anhaltspunkte zu dem Antrage: das Kreis-Landraths- und Steuer-Amt nach hier zu verlegen, da von den bildenden 12 Districten 8 weit näher an Gai nau als an Goldberg liegen, weshalb aus Vertheilung der Kreistage wohl später selbst hierauf bezügliche Anträge stellen dürfte. — Ebenso erfolgte die Genehmigung zur Uebersetzung des Kreisreinganges in dem am Oeberringe neuerbauten Pfeilermeister Drecher'schen Hause auf Kosten der Commune und wurde die Bau-Deputation zur Ausführung dieses Beschlusses in der ihr zweckentsprechend erscheinenden Weise ermächtigt; auch 60 Thlr. für Riez und 288 Thlr. für Granitplatten zum Trottoir längs qu. Hauses und der nach dem Gartenstr. resp. dem Bahnhofe führenden und erweiterten Straße bewilligt, mit dem Antrage, den Magistrat zur schnelligsten Ausführung dieses Straßenbaues dringend zu veranlassen. — Betreffs Abtretung von Forstländereien an die Niederösterreichische Eisenbahn, resp. Arnsdorf-Gallener Abzweigungslinie, erhob Versammlung die Anträge der hierfür in letzter Sitzung ernannten Commission zum Beschluß, verlangte für die Uebersetzung der Stadtfürstlichen, 110 Morgen à 1 Thlr., capitalisirte 2200 Thlr.,

Entschädigung und ermächtigte den Magistrat zum Verkaufsabschluss gegen zusammen 12,112 Thlr. Kauf- und Entschädigungssumme.

Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Table with 4 columns: Date (October 22, 23), Time (Nachm. 2 U., Abds. 10 U., Morg. 6 U.), and various meteorological measurements like Luftdruck, Luftwärme, Dunstdruck, Dunstfälligkeit, Wind, Wetter.

Breslau, 23. Oct. [Baifexstand.] D. B. 4 M. 20 Em. U. B. — M. — Em.

Breslau, 22. October. Die Physiognomie der heutigen Börse war wiederum sehr matt und es kann fast kein Gebiet der Verkehrthätigkeit genannt werden, auf welchem eine feste Stimmung thatsächlich Boden fand. Zu den bestimmenden Momenten, soweit sie nicht überhaupt in der Gesamtlage der Verhältnisse wurzelt, gehört in erster Linie die Nachricht von der Concursöffnung über das Institut Binski, Glapowski, Blater u. Co. (Tellus) in Bosen. Bei der unläugbaren Empfindlichkeit, welche die Börse für alle ungunstigen Nachrichten hat, blieb die aus Brabantepeschen kommende Mittheilung, daß die Activmasse der Bank die Passiva reichlich übersteige und der Concursantrag nur entstanden, um einige Pfandobjecte aus den Händen einzelner Gläubiger für die Gesamtmasse zu gewinnen auch ganz einflusslos. Wenn auch der Baifexpartei die nachhaltige Kraft für ihre etwa weitergehenden Pläne abgesprochen werden muß, so wird es ihr wenigstens nicht schwer gemacht, die Vormachtstellung augenblicklich für sich auszuheben und eine Besserung der Stimmung anzubahnen. Die Umsätze des heutigen Verkehrs blieben auf das Aeußerste beschränkt und machten fast sämtliche Course wiederum Rückschritte. Bei den internationalen Speculationspositionen betrug die Rückgänge gegen die gestrigen Schlussnotirungen für Oesterreichische Creditactien und Franzosen ca. 2 Thlr. Lombarden hielten nur in geringerem Maße ein, wurden aber auch fast gar nicht umgekehrt. Oesterreichische Nebenbahnen zeigten sich sehr matt und ebenso geschäftlos, meist liehen die Course nach in Folge zahlreicher Verkaufsofferten. Galizier und Oesterreichische Nordwestbahn vorzugsweise weichen. In auswärtigen Fonds fand nur ein sehr schwacher Verkehr statt. Die an sich beliebten Devisen, wie Amerikaner, behaupteten sich gut, werden aber von den Inhabern festgehalten; andere Werthe, die zum Verkauf gestellt werden, finden schwieriger Käufer. Türken jagen etwas an, Oesterreichische Renten, Italiener, Französische Rente nur wenig fest. Russische Werthe in guter Festigkeit, Pfund-Anleihe auch beliebt. Für Bahnen herrsche regere Frage, doch schlen dafür Abgabe. Preussische und deutsche Fonds sehr still, aber ziemlich fest. Eine gleiche Tendenz trugen die Prioritäten, da heute besonders wenig Material an den Markt gelangt. Auf dem Eisenbahnenmarkt war die Stimmung für die schweren Speculations-Devisen schwach, die leichten hatten in sehr matter Haltung eröffnet, zu den gemischten Course aber stellte sich einige Kauflust ein, so daß in Folge dessen auch die Tendenz eine andere Färbung gewann. Der Schluss des Geschäftes zeigte aber wieder zu großer Mattigkeit zurück, auch leichte Actien waren wenig fest, wiewohl sie wenigstens zum Theil reger umgingen. Nebenbahn, Westpreussische, Ostpreussische, Laminex zwar aerger, aber beliebt. Rumänen sehr gedrückt. Für Bankactien war die Stimmung ebenfalls sehr matt. Weidende Course, die fast alle hierher gehörigen Werthe ausweisen, paarten sich mit einer Schwerfälligkeit des Geschäftes, die die Umsätze in ganz engen Grenzen hielt. Disc.-Comm. pr. ult. 176-178 1/2, einen stärkeren Rückgang erfuhren Oesterrische Productenbank in Anlaß des erwähnten Falliments der Bank Tellus. Industrieactien geschäftlos, Bleiener, Reichsbank, sehr gedrückt, Dortmund. Union pr. ult. 93-94-92-91 1/2, trotzdem die Auszahlung der nachfälligen Coupons schon von jetzt ab erfolgen soll. Braueractien matt. Bergwerke weichen. (Bank- u. S. B.)

[Polnische Pfandbriefe in Silber-Rubel.] Verlosung am 1. und 2. October 1873. Auszahlung vom 22. December 1873 ab. (Schluß.)

Large table of numbers for Polish mortgage bonds, organized in columns and rows, representing different lots and values.

Litt. D. à 75 Silb.-Rub. Nr. 90697 110 161 205 206 209 211 224 261 275 339 391 413 427 ... 161 162 163 165 213 223 273 299 325 335 363 375 543 631 633 669 699

75. 782 916 939 105073 152 196 206 209 380 428 435 733 755 873 954 106337 668 742 107246 655 666 856 904 909 108001 24.

Lit. E. a 30 Silber-Rub. N. 110079 339 484 510 538 573 630 972 975 990 11002 4 73 93 340 412 422 438 471 509 579 705 970 112123 134 136 163 236 303 417 551 641 737 815 825 828 842 894 991 113002 27 128 248 265 420 663 694 737 742 941 982 114042 81 119 126 136 140 185 213 375 384 585 656 672 690 928 115020 54 166 204 217 224 388 408 549 597 646 644 678 854 856 116034 45 93 105 124 316 499 536 543 697 749 808 820 884 895 978 117399 430 510 757 793 951 959 118066 140 164 208 218 247 258 263 314 414 439 449 467 518 527 615 684 743 794 816 997 119058 402 409 540 594 821 958 120156 292 506 547 637 642 693 752 883 928 121041 159 255 360 440 456 488 518 627 886 897 981 122009 77 138 199 371 373 440 531 558 652 672 744 755 825 938 123025 94 108 156 208 216 235 515 616 630 757 935 124143 290 234 240 250 359 517 646 756 776 806 827 125057 64 70 160 248 300 344 412 693 731 884 989 126055 90 132 157 165 237 317 392 533 537 548 549 554 565 612 643 666 716 867 985 995 127043 46 58 74 125 179 185 211 232 240 301 387 392 395 445 461 483 514 558 577 829 877 128112 114 127 146 224 299 310 381 383 450 451 495 529 695 706 768 780 880 888 129029 68 98 163 165 174 196 204 339 352 438 454 472 491 492 550 562 609 612 677 731 733 899 910 916 921 970 976 995 130026 46 135 298 308 353 362 440 434 575 592 897 943 963 966 131022 28 94 161 162 171 182 223 249 275 351 395 399 432 526 532 545 675 749 916 962 964 132098 3:2 333 391 447 529 727 779 823 835 891 899 926 953 969 133057 100 104 118 292 855 874 883 884 918 134000 145794 145801.

Berlin, 22. October. [Productenbericht.] Roggen ist anfänglich sehr fest, später recht matt gewesen und schließt kaum so hoch ab gestern. loco ist der Weizen heute schwächer hervorgetreten. Roggenmehl wenig verändert. Weizen per October und per Frühjahr etwas höher, sonst still. Hafer loco und auf Termine wenig verändert. Rübsöl still, Preis behauptet. Spiritus p. r. October merklich niedriger, im übrigen nicht viel billiger käuflich.

Weizen loco 73-92 Tblr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gef., feiner weißer poln. - Tblr. bez., gelber - Tblr. ab Bahn bez., pro September-October 90%-91-90% Tblr. bez., October-November 86-86% -86 Tblr. bez., December 85%-85%-85% Tblr. bez., December-Januar - Tblr. bez., pr. April-Mai 1874 85%-86-85% Tblr. bez., neue Ukraine per April-Mai 84%-1/2 Tblr. bez., Getreidigt 11,000 Ctr. Rindungspreis 90% Tblr. Roggen pro 1000 Kilogr. loco 58 72 Tblr. nach Qualität gefordert, russischer 59%-60 Tblr. bez., geringer dito 58% Tblr. bez., neuer 69-71% Tblr. ab Bahn bez., pro October 59% Tblr. bez., October-November 59%-59% Tblr. bez., November-December 60%-59% Tblr. bez., December-Januar 60%-60% Tblr. bez., pro Frühjahr 61%-61% Tblr. bez., Getreidigt 8,000 Ctr. Rindungspreis 59% Tblr. - Gerste loco 59-73 Tblr. nach Qualität gefordert. - Hafer pr. 1000 Kilogr. loco 48-57 Tblr. nach Qual. gefordert, schlechter und böhmischer 53-55% Tblr., galizischer 51-53% Tblr. bez., osterreichischer 52-54 Tblr., pomerischer 54-56 Tblr. ab Bahn bez., pro September-October 58 Tblr. bez., October-November 54%-54% Tblr. bez., November-December 53% Tblr. bez., pr. Frühjahr 53 Tblr. bez., Mai-Juni - Tblr. be. Getreidigt 3600 Ctr. Rindungspreis 58 Tblr. - Erbsen: Rothwaare 65-70 Tblr., Futterwaare 60-64 Tblr. - Weizenmehl Nr. 0 12%-12 Tblr., Nr. 0 u. 1 11%-11 Tblr. - Roggenmehl Nr. 0 10%-9% Tblr., Nr. 0 u. 1 9%-9% Tblr., pr. 100 Kilo unterfeuert incl. Sack. - Roggenmehl Nr. 0 u. 1: pr. September-October 9 Tblr. 24 Sgr. bez., October-November 9 Tblr. 12%-12 Sgr. bez., November-December 9 Tblr. 5 Sgr. bez., December-Januar 9 Tblr. 2 1/2 Sgr. bez., Januar-Februar - Tblr. - Sgr. bez., Februar-März - Tblr. - Sgr. bez., April-Mai 9 Tblr. bez., Getreidigt - Ctr. Rindungspreis - Tblr. - Sgr. - Deliaaten: Raps - Tblr., Rübsen - Tblr. - Rübsöl per 100 Kilogr. netto loco 19 Tblr. bez., pro October 18 1/2-18% Tblr. bez., October-November 18 1/2-18% Tblr. bez., November-December 18 1/2-18% Tblr. bez., December-Januar 18% Tblr. bez., Januar-Februar - Tblr. bez., April-Mai 20 1/2-20% Tblr. bez., Mai-Juni 21 Tblr. bez., Getreidigt 100 Ctr. Rindungspreis 18% Tblr. - Leinöl loco 25 Tblr. - Petroleum per 100 Kilo incl. Sack loco 10 Tblr. bez., pro October - Tblr. bez., October-November 9% Tblr. bez., November-December 9% Tblr. bez., December-Januar 10% Tblr. bez., Januar-Februar 10% Tblr. bez., April-Mai - Tblr. bez., Getreidigt - Barrels. Rindungspreis - Tblr. - Spiritus per 10,000 pSt. loco ohne Sack 23 Tblr. 23 Sgr. bez., per September-October 23 Tblr. 25-15 Sgr. bez., October-November 21 Tblr. 13-8 Sgr. bez., November-December 20 Tblr. 15-11 Sgr. bez., December-Januar - Tblr. - Sgr. bez., Januar-Februar - Tblr. - Sgr. bez., April-Mai 1874 20 Tblr. 18-17 Sgr. bez., Mai-Juni - Tblr. - Sgr. bez., Getreidigt - Liter. Rindungspreis - Tblr. - Sgr.

Telegraphische Depeschen.

Versailles, 22. October. Die Versammlung des rechten Centrums hat soeben beschlossen, zum öffentlichen Zeichen der Vereinigung aller monarchischen Fractionen sich in corpore nach Schluß der heutigen Sitzung von dem Hotel Batel nach dem Hotel des Reservoirs zu begeben, um an der Sitzung der Rechten Theil zu nehmen. Die Frage in Betreff der Einberufung der Nationalversammlung vor Ablauf der Ferien ist noch nicht entschieden.

Versailles, 22. October, Abends. In der Versammlung des rechten Centrums constatirte Audisier-Pasquier den Eingang zahlreicher Zustimmungsbefehle, verlas eine der Nationalversammlung zu unterbreitende Resolution, welche besagt, daß die Nationalversammlung die erbliche constitutionelle Monarchie für die Regierungsform Frankreichs erklärt, und demzufolge Graf Chambord auf den Thron berufen werden solle, und welche die bereits durch Journalmittheilungen bekannten Garantien erwähnt.

Die Versammlung beschloß hierauf die zur Permanenzcommission gehörenden Mitglieder des rechten Centrums zu beauftragen, die Einberufung der National-Versammlung vor Ablauf der Ferien zu beantragen, ohne einen Termin festzusetzen.

Trianon, 22. October, Abends. Proceß Bazaine. Artillerie-General Soleille ist wegen Krankheit als Zeuge nicht erschienen. Sein Stabschef erklärt, Soleille schätzte den Munitionsverbrauch bis zum 15. Octbr. Abends auf fast die Hälfte des vorhandenen und benachrichtigte Bazaine davon, der demgemäß Munitionsmangel besorgte. Lebrun erklärt, es seien viele Befehle gegeben worden, ohne zur Kenntniß des Generalstabs zu gelangen, wodurch Verwirrung und Widerspruch in den Befehlen entstand. Nächste Sitzung Freitag.

Madrid, 22. October. Eine von Maturana befehligte 480 Mann starke Colonne hat am 18. d. die Bande des Pfarers Fitz bei Prades in Catalonien geschlagen. Am anderen Morgen stieß dieselbe Colonne auf eine carlistische Bande unter Ceros, die ebenfalls geschlagen wurde, wurde aber dann von Banden unter Trifan und Miret in der Stärke von 3000 Mann überrascht und zum Rückzug gezwungen. Der Commandant Maturana wird vermisst. Ein gestern von den Insurgenten aus Carthagena gemachter Ausfall ist zurückgeschlagen worden. Daß der Regierung kein gebliebene Geschwader wird heute vor Carthagena erwartet.

Rom, 22. October. Der General der Jesuiten, Vater Bep, hat das ihm gemachte Anerbieten, seine Residenz im Vatican aufzuschlagen, abgelehnt. Das römische Observatorium wird von dem Vater Secchi fortgeführt. Die Archive der Generalatshäuser sind nach dem Vatican übergeführt worden. Die Differenzen, die zwischen der mit der Liquidation beauftragten Junta und einigen der expropriirten Rüstler entstanden sind, betreffen ausschließlich die Frage wegen des Eigentums an den Klosterbibliotheken.

Haag, 22. Octbr. Der Sultan von Achn hat, nach einer dem „Dagblad“ zugegangenen Privatmittheilung aus Paris, an die französische Regierung ein Memorandum betreffs seiner Beschwerden gegen Holland gerichtet. Dasselbe ist vom Marfchallspräsidenten der holländischen Regierung übermittelt worden.

Bukarest, 22. Octbr. Der Minister des Aeußern, Borecu, soll, der Mittheilung dieser Blätter zufolge, aus Veranlassung von Meinungsdivergenzen, welche zwischen ihm und den übrigen Mitgliedern des Ministeriums in inneren Fragen entstanden sind, seine Entlassung gegeben haben. Als sein Nachfolger wird Alexander Labevarsky genannt.

Kopenhagen, 22. Octbr. Die geflüchteten Wahrgenossen zur Verhütung der Einschleppung der Cholera sollen aus Bergen und Neapel kommenden Schiffen gegenüber sofort zur Anwendung gelangen.

Souhampton, 22. October. Der Dampfer des norddeutschen Lloyd „Deutschland“ ist hier eingetroffen.

New-York, 22. October. Der Postdampfer der Hamburg-Amerikanischen Gesellschaft „Saponia“ ist gestern Abend 10 Uhr hier angekommen.

Berliner Börse vom 22. October 1873.

Table with columns: Wechsel-Course, Eisenbahn-Stamm-Actien. Includes entries for Amsterdam, Augsburg, Frankfurt, Leipzig, London, Paris, Warschau, Wien, and various railway companies like Aachen-Mastricht, Berg-Märkische, Berlin-Anhalt, etc.

Table with columns: Fonds und Geld-Course. Includes entries for Staats-Anleihe, Staats-Anl. 4 1/2%, Staats-Schuldscheine, Präm-Anleihe v. 1855, Berliner Stadt-Oblig., Pommersche, Posensche, Kur-u. Neumark., Pommersche, Posensche, Westfälische, Preussische, Rheinl., Sächsische, Schlesische, Badische Präm.-Anl., Baiersche 4 1/2% Anleihe, Köln-Mind.-Prämiansch.

Table with columns: Hypotheken-Certificat. Includes entries for Kündbr. Cent.-Bod.-Cr., Unkünd. do. (1872), do. rückbz. a 110, do. do. do. 4 1/2%, Unk. H. d. Pr. B.-Ord.-B., do. III. Em. do. 5, Kündb. Hyp.-Schuld. do. 5, Hyp. Anth. Nord-G.-C.B., Pomm. Hypoth.-Briefe 5, Goth. Präm.-Pf. I. Em. 5, Meining. Präm.-Pf. II. Em. 5, Oest. Silberanb., do. Hyp. Ord. Präm., Unk. Pf. d. Pr. Hyp.-B., Pf. d. Oest. Cred.-Gr. G., Südd. Oest. Cred.-Gr. G., Wiener Silberanb.

Table with columns: Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien. Includes entries for Berlin-Görlitz, Breslau-Warschau, Halle-Soran-Guben, Hannover-Altenb., Kohlfurth-Falkenb., Märkisch-Posen, Magdeh.-Halberst., do. Lit. C., Oest. Südbahn, Pomm. Centralb., Rechte O. u. Bahh, Rumän. (400) Einz., Saal-Bahn.

Table with columns: Bank- und Industrie-Papiere. Includes entries for Anglo-Deutsche Bk., Allg. Deut. Hand-G., Berliner Bank, Berl. Bankverein, Berl. Kass. u. Wechslb., Berl. Handels-Ges., Berl. Lombard-Bk., Berl. Makler-Bank, Berl. Präm.-Makl.-B., Berl. Wechslerb., Braunsch. Bank, Braunschw. Bank, Dresd. Disc.-Bank, Friedenthal u. Co., Bresl. Handels-Ges., Bresl. Makler-Bank, Bresl. Mkt.-Ver-B., Br. Pr. Wechslb., Berl. Wechslerb., Centralb. f. Genos., Coburg. Cred.-Bk., Danziger Priv.-Bk., Darmst. Creditb., Darmst. Zettelbank, Dessauer, Deutsche Bank, Deutsche Unionb., Disc.-Com.-A., Genfer Bank, Genossensch.-Bnk., Gw. Schuster u. G., Gölitzer Vereinsb., Goth. Grundcred.-B., Hamb. Nordb.-Bk., do. Vereins-B., Hannover. do., do. Disc.-Bk., Hessische Bank, Königsb. do., Landw. B. Kwielicki, Leipz. Credit-Bnk., Luxemburger do., Magdeburger do., Meining. do., Moldauer Lda. B., Nordschl. Cassenver., Nordd. Grundcred.-B., Oberlausitzer Bnk., Oest. Credit-Actien, Ostdeutsche Bank, Ost. Product.-Bk., Posener Bank, Pos. Pr. Wechslb., Preuss. Bank-Act., Pr. Bod.-Cr.-Act.-B., Pr. Centr.-Bod.-Cr., Pr. Credit-Anstalt, Prov.-Wechslb.-Bk., Sächs. B. 800 V. G., Sächs. Cred.-Bk., Schles. Bank-Ver., Schl. Centralbank, Schl. Vereinsbank, Thüringer Bank, Ver.-Bk. Quistorp, Weimar. Bank, Wiener Unionbank.

Table with columns: Ausländische Fonds. Includes entries for Oest. Silberrente, do. Papierrente, do. Lott.-Anl. v. 60, do. 54er Präm.-Anl., do. Credit-Loose, do. 64er Loose, Russ. Präm.-Anl. v. 64, do. 1866, do. Bod.-Cred.-Pf. v. Wechslb., Russ.-Pol. Schatz.-Obl., Poln. Pfandbr. III. Em., Poln. Liquid.-Pfandbr., Amerik. 6 1/2% Anl. p. 1882, do. do. p. 1885, do. 5 1/2% Anleihe, Französische Rente, Ital. neue 5 1/2% Anleihe, Ital. Tabak-Oblig., Raab-Graser 100 Thr. L., Rumänische Anleihe, Türkische Anleihe, Ung. 5 1/2% Eisen-Anl., Schwedische 10 Thr.-Loose.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Includes entries for Berg.-Märk. Serie II., do. III. v. St. 3 1/2%, do. do. VI., do. Nordbahn, Berlin-Görlitz, do. do., Breslau-Freib. Litt. D., do. do. H., do. do. I., Cöln-Minden, do. do. III., do. do. IV., do. do. V., Halle-Soran-Guben, Hannover-Altenbeken, Märkisch-Posen, Niederschl.-Märkische, do. do. III., do. do. IV., Oberschles. A., do. do. C., do. do. D., do. do. E., do. do. F., do. do. G., do. do. H., do. Brieg-Neisse, Cosel-Oderb. (Wilh.), do. do., do. Stargard-Posen, do. do. II. Em., do. do. III. Em., Lemberg-Czerowitz, do. do. II., do. do. III., Mährische Grenzbanh, Kron.-Schl. Centralb., Kropn.-Rudolph-Bahn, Oesterr.-Französische, do. do. neue, do. südl. Staatsbahn, do. neue, do. Obligationen, Warschau-Wien II., do. III., do. IV.

Table with columns: Bank-Discount 4 1/2 pr. Ct., Lombard-Zinsfuß 5 1/2 pr. Ct., Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Includes entries for Berl. Eisenb.-Bd., Märk.-Schl. Masch. G., Nordd. Papierfabr., Westend, Comm. G., Pr. Hyp.-vers.-Act., Schl. Feuervers., Donnermarkt-Königs-u. Laurah., Lanchhammer, Marienhütte, Minerva, Moritzhütte, O. Schl. Eisenwerke, Redenhütte, Schl. Kohlenwerk, Schl. Zinkh.-Act., do. St.-Pr.-Act., Tarnowitz, Bergb., Vorwärts-Hütte, Baltischer Lloyd, Bresl. Bierbrauerei, Bresl. E. Wagnenbau, do. ver. Oelabr., Erdm. Spinnerei, Gölitzer Eisenb., Hoffm. u. Wagg-Fab., Obrschl. Eisenb., Schl. Leinwandst., S. Act.-Br. (Scholtz), do. Porzellan, Schl. Tuchfabrik, do. Wagen-Anst., Schl. Wollw.-Fabr.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

Frankfurt a. M., 22. Oct., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 118%. Paris do. 93%. Wiener do. 103%. Lombarden 160. Galizier 211. Elisabethbahn 214. Nordwestb. 198. Elbthalbahn 135. Oreston 17 1/2. Creditactien 219. Russische Bodencred. 87%. Russen 1872 94%. Silberrente 6 1/2%. Papierrente 60%. 1866er Loose 89. 1864er Loose 143%. Ungarische Loose - Raab - Grazer 76. Amerikaner de 1882 97%. Darmst. Bankactien 373%. Deutsch. Effent. 83. Prob. - Disconto - Gesellschaft 99%. Brüsseler Bank 100%. Berl. Bankver. 86%. Frankf. Bankverein 89. do. Wechselbank 80. Nationalbank 979. Meining. Bank 108%. Schiffliche Bank - Saba Effectenbank 111%. Continental 89%. Südd. Immobilien-Gesellschaft - Sibiria 112. Elbthalbahn - 1854er Loose 85%. Ungarische Prämien-Loose - Albrechtbahn - Wiener Union - Dresdener Bank - *) per medio resp. per ultimo.

Matt und unbest. Creditactien und Franzosen lebhaft, Lombarden still, Bahnen und Banken offerirt. Nach Schluß der Börse: Creditactien 216%, Franzosen 328%, Lombarden 160. Frankfurt a. M., 22. October, Abends. [Effecten-Societät.] Creditactien 215%-212%. Staatsbahn 328-325% Lombarden 158%. 1866er Loose - Galizier - Silberrente 6 1/2. Sächsische Effectenbank 110%. Franzosen - Prob.-Disconto-Gesellschaft 97%. Meining. Bank 108%. Frankfurter Wechselbank - Oesterr. Nationalbank 974. Darmstädter Bankactien - Deutsch-Oesterr. Bank - Bankactien - Matt.

Dresden, 22. October, Nachm. 2 Uhr. Credit 124%. Lombarden 92. Silberrente 6 1/2%. Sächs. Creditb. 69%. Sächs. Bank (alte) 148. do. (junge) 140. Leipziger Credit 15 1/2%. Dresdener Bank 89. do. Wechselb. 80. do. Handelsbank 60. Sächsischer Bankverein - Oesterr. Noten 89%. Lauchhammer - Matt.

Hamburg, 22. October. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco still. Weizen auf Termine fest, Roggen rubig. Weizen pr. 12000 pr. October pr. 1000 Kilo netto 237 Br., 236 Sh., pr. October-November pr. 1000 Kilo netto 236 Br., 235 Sh., pr. Nov.-Decbr. pr. 1000 Kilo netto 237 Br., 235 Sh., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo netto 256 Br., 255 Sh. - Roggen pr. October 1000 Kilo netto 192 Br., 191 Sh., pr. October-November pr. 1000 Kilo netto 191 Br., 189 Sh., pr. Nov.-Decbr. pr. 1000 Kilo netto 188 Br., 187 Sh., pr. April-Mai 187 1/2 Br., 186 1/2 Sh. - Hafer und Gerste still. - Rübsöl loco und pr. October pr. 200 Pfd. 61 1/2, pr. Mai 65 1/2. - Spiritus rubig, pr. October pr. 100 Liter 100 Procent 67, pr. October-November 58, pr. Decbr.-Januar 53 1/2, pr. April-Mai 53. - Raffee sehr angenehm; Umsatz 3000 Sad. - Petroleum matt, Standard white loco 14, 30 Br., 14, 20 Sh., pr. October 14, 20 Sh., pr. November-December 14, 40 Sh. - Wetter: Regenlich.

Hamburg, 22. October, 3 Uhr 30 Min. [Abendbörsen.] Oesterr. Silberrente 6 1/2%. Amerikaner 93%. Italiener - Lombarden 342-340, 50. Oesterr. Credit-Actien 183, 50-184-182, 50. Oesterr. Staatsbahn 704-700. Oesterr. Nordwestbahn - Anglo-Deutsche Bank 56. junge - Hamburger Commerce und Disconto-Bank - Rhein. Eisenbahn-Stamm-Actien - Bergisch-Märkische - Rthl. - Münner - Laurasütte 169, - Dormunder Union 9 1/2. Franzosen - Norddeutsche - Matt.

Liverpool, 22. Octbr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Ruhmhafter Umsatz 15,000 Ballen. Fest. Lagesimport 4000 Ballen, davon 3000 Ballen amerikanische, 1000 Ballen brasilianische. Liverpool, 22. October, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 15,000 Ballen, davon für Speculation und Export 3000 Ballen. - Fest.

Madras Orleans 9% middl. amerikanische 9%, fair Dholera 6%, middl. fair Dholera 5%, good middl. Dholera 5, middl. Dholera 4 1/2, fair Bengal 4, fair Broad 6, new fair Domra 6 1/2, good fair Domra 6 1/2, fair Madras 6 1/2, fair Pernam 9, fair Smyrna 7 fair Egyptian 9%. Glasgow, 22. October. [Roh-Eisen.] Mixed numbers warrants 112 Sh.

Amsterdam, 22. October, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. Getreide-markt. (Schlußbericht.) Weizen geschäftlos, pr. März 237. Roggen loco unbedändert, pr. October 229. pr. Mai 237. - Raps pr. April 374 Sh. - Rübsöl loco 34 1/2, pr. Herbst 34 1/2, pr. Mai 36 1/2. - Wetter: Regen. Antwerpen, 22. October. Getreidemarkt geschäftlos. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirte, Type weiß, loco 39 bez. und Br., pr. October 39 Br., pr. November-December 39 1/2 Br., pr. Februar und pr. März 39 Br. Rubig. Bremen, 22. October. Petroleum rubig, Standard white loco 15 Mart. 40 Pf.

Breslau, 22. Oct., 9 1/2 Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markt war im Allgemeinen fester, bei schwachen Zufuhren, Preise zum Theil höher. Weizen, feine Qualitäten gut verkäuflich, pr. 100 Kilogr. schlechter weißer 7% bis 9 Tblr., gelber 7% - 8% Tblr., feinste Sorte aber Notiz bezahlt. Roggen war gut gefragt, pr. 100 Kilogr. 6% bis 7% Tblr., feinste Sorte 7% Tblr. bezahlt. Gerste sehr fest, pr. 100 Kilogr. 6% bis 6% Tblr., weiße 7 bis 7 1/2 Tblr. Hafer preisbalend, pr. 100 Kilogr. 4 1/2 bis 5% Tblr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. Erbsen gesucht, pr. 100 Kilogr. 6-6% Tblr. Bienen mehr begehrt, pr. 100 Kilogr. 4-4% Tblr. Lupinen hoch gehalten, pr. 100 Kilogr. gelbe 4 1/2 Tblr., blau 1/2 bis 4 Tblr. Bohnen gute Kauflust, pr. 100 Kilogr. 7-7% Tblr. Weizen ohne Zufuhr, pr. 100 Kilogr. 5%-6% Tblr. Deliaaten gut beauptet. Schlaglein stark offerirt.

Table with columns: Schlaglein stark offerirt. Includes entries for Schlaglein, Winter-Raps, Winter-Rübsen, Sommer-Rübsen, Lendotter, Kapstücken behauptet, Schleife 72-76 Sgr. pr. 50 Kilogr., Leinwand sehr fest, schlechte 96-100 Sgr. pr. 50 Kilogr., Leinwand nur neue rotte zugeführt, rotte matter, neue 14-16% Tblr. pr. 50 Kilogr., weis. jähr. 12-18 Tblr. pr. 50 Kilogr., hochfeine aber Notiz bezahlt, Thymothee rubiger, 9-11 1/2 Tblr. pr. 50 Kilogr., Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Tblr., pr. 5 Liter 3 1/2 - 4 Sgr.

Bezirksverein der Oder- und Sandvorfstadt.

Donnerstag, den 23. Octbr., Abends 7 1/2 Uhr, Versammlung bei Casperk.

Für Capitalisten die besten Actien der Substitutions-Gelegenheitskauf des Grundstücks Nr. 1 Alt-Schmitz (Kretscham) am 28. October, 10 1/2 Uhr, im Kreis-Gericht, Parteinummer 2.

Es ist circa 3 Morgen groß, Gutswirtschaft, hat schönen Park und Garten, viel und schönes Wasser, Willen-Plaue, breite Front, liegt nahe der Chaussee vor der Brücke an schönem nicht staubigem Fahrwege. Einzeln Reuten haben kürzlich für 60 Tblr. verkauft worden, ein halb so großes Nachbargrundstück jüngst für 17,000 Tblr. gekauft wurde. Letzter Erwerbspreis, als billig ca. 19,000 Tblr. war Hypothek theils stehen bleiben, theils sich auf 15,000 Tblr. Mithie das Gebäude allein, verginlt. Das Grundstück eignet sich zu Fabrikanlagen, Brau- und Brennerei, zur Eisfabrik, zu großartigem Garten-Restaurant u. s. w. Die Lage ist reizend schön, und lebenswerth, derart Best. wärdt sicher ins Gl. und ist selten zu haben. [1759]

Ein junger Mann, Speerist, der Deutschen in d. polnischen Sprache mächtig, sucht pr. 1. November Stellung. Gesl. Off. erbitte unter Chiffre P. P. Zawadzky. [4086] Reingallert!!! 50% feste Leihumsetzung enthaltend, pro Ctr. 6% Tblr., durch Franz Darré in Breslau.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graf, Barth und Comp. (B. Friedrich) in Breslau.